Nr. 281

Die Presse.

36. Jahrg.

Ostmärkische Tageszeitung — Anzeiger für Stadt und Land.

(Thorner Presse)

Ausgabe täglich abends ausschließlich der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis bei den kaiserl. Reichs-Postämtern vierteljährlich 3,60 Mk., monatlich 1,20 Mk., ohne Zustellungsgebühr; für Thorn Stadt und Vorstädte, von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen abgeholt, vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,00 Mk., ins Haus gebracht vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,20 Mk. Einzelexemplar (Belegblatt) 10 Pfg.

Anzeigenpreis die 6 gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 25 Pf., für Stellenangebote und -Gesuche, Wohnungsanzeigen, An- und Verkäufe 20 Pf., (für amtliche Anzeigen, alle Anzeigen außerhalb Westpreußens und Posens und durch Vermittlung 25 Pf.,) für Anzeigen mit Platzvorschrift 40 Pf. Im Reklameteil kostet die Zeile 50 Pf. — Anzeigenaufträge nehmen an alle soliden Anzeigenvermittlungsstellen des In- und Auslandes. — Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle bis 10 Uhr vormittags, größere Anzeigen sind tags vorher aufzugeben.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Katharinenstraße Nr. 4.
Fernsprecher 57.
Brief- und Telegramm-Adresse: „Presse, Thorn."

Thorn, Sonnabend den 30. November 1918.

Druck und Verlag der C. Dombrowski'schen Buchdruckerei in Thorn.
Verantwortlich für die Schriftleitung i. V.: Ewald Schwandt in Thorn.

Zusendungen sind nicht an eine Person, sondern an die Schriftleitung oder Geschäftsstelle zu richten. — Bei Einsendung redaktioneller Beiträge wird gleichzeitig Angabe des Honorars erbeten; nachträgliche Forderungen können nicht berücksichtigt werden. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt, unverlangte Manuskripte nur zurückgeschickt, wenn das Postgeld für die Rücksendung beigefügt ist.

Die Krise in der Regierung.

Der **Berliner Vollzugsrat** hat den Rat der Volksbeauftragten ersucht: 1. schleunigst zu veranlassen, daß Herr Solf aus seiner Stellung ausscheidet; 2. unter Zuziehung von Mitgliedern des Vollzugsrates für die Beschlagnahme und Bewachung aller die auswärtigen Angelegenheiten und aller das gestürzte Regierungssystem betreffenden Akten unverzüglich Sorge zu tragen.

Die **Münchener „Enthüllungen"** werden von der französischen Presse noch auffällig wenig besprochen. Die wenigen Blätter äußern sich übereinstimmend dahin, daß sie ein erdrückender Beweis für die Schuld der deutschen Regierung seien, die mit allen Mitteln zum Kriege getrieben und nur Österreich zur Aufgabe des letzten Widerstandes veranlaßt habe. Der „Temps" und „Petit Parisien" verlangen die Einsetzung eines internationalen Gerichtshofes zur Feststellung der Schuld.

Der frühere **Reichskanzler von Bethmann Hollweg** äußerte sich einem Vertreter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" gegenüber zu der Veröffentlichung der bayerischen Regierung. Er hob u. a. hervor, daß die deutsche Regierung den Wortlaut des österreichischen Ultimatums an Serbien in der Tat nicht gekannt habe. Er persönlich habe dieses Ultimatum für zu schroff gehalten und der österreichischen Regierung in der denkbar schärfsten Form zu erkennen gegeben, daß Deutschland zwar bereit sei, seine Bundespflichten zu erfüllen, daß es die deutsche Regierung aber ablehnen müsse, sich von Österreich-Ungarn durch Nichtbeachtung der deutschen Ratschläge in einen Weltenbrand hineinziehen zu lassen. Der deutschen Regierung die Schuld am Kriege aufzubürden, hieße die Gegner für schuldlos erklären, die jahrelang Pläne betrieben, die nur bei kriegerischen Explosionen verwirklicht werden konnten. Zu der Frage, wie es möglich gewesen sei, daß die Schuld Deutschlands am Kriege zur Überzeugung fast der ganzen Welt werden konnte, sagte der frühere Kanzler: „Ich sehne den Tag herbei, wo ich dazu beitragen kann, vor einem unparteiischen Staatsgerichtshof, dem allerdings von beiden Seiten alles Material zur Verfügung gestellt werden sollte, der Wahrheit zum Siege zu verhelfen." Auch Herr Bethmann hält die Zeit zur Veröffentlichung der bayerischen Dokumente für wenig geeignet und fürchtet, daß die Leidenschaften aufs neue aufgepeitscht werden.

Das Kabinett hat sich Donnerstag früh mit der durch das Vorgehen des bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner hervorgerufenen Krise im Auswärtigen Amt beschäftigt. Der Beschluß des Münchener Arbeiter- und Soldatenrats, der die Entfernung Scheidemanns, Erzbergers, Davids und Solfs aus der politischen Reichsleitung verlangt, ist dem Kabinett nicht formell überreicht worden.

Konflikt zwischen Regierung und Heeresleitung?

Auf der Tagung der Groß-Berliner Arbeiterräte erstattete der Volksbeauftragte Barth einen längeren Bericht, in dem er ausführte: Gestern ist es zwischen der Generalität und dem Soldatenrat zu Lennep zu einem blutigen Zusammenstoß gekommen. Man hat die Mitglieder des dortigen Soldatenrats verhaftet. Noch ist die Schuldfrage nicht geklärt, aber das eine sei sicher, wenn irgend ein General, der da glaubt, sich auf seine Truppen stützen zu können, es wagen sollte, an irgend einer Ecke des Reiches eine Gegenrevolution anzuzetteln, wenn er es wagen sollte, einen Mann der neuen Regierung an die Wand zu stellen, dann werde man gleiches mit gleichem vergelten. Das Kabinett hat gestern Abend der obersten Heeresleitung den Befehl gegeben, sich von Kassel nach Berlin zu verfügen. Es hat ferner die sofortige Absetzung des Generals von Eberhardt verfügt. Noch ist zur Stunde keine Antwort der obersten Heeresleitung eingelaufen. Die oberste Heeresleitung will über unsere Forderungen beraten. General Groener hat aber bereits erklärt, daß er sich selbstverständlich dem Kabinett fügen werde.

Gegen die „Machenschaften der Generale".

Der 53er Ausschuß der Marine hat am Mittwoch folgenden einstimmigen Beschluß gefaßt und durch 3 Mitglieder des 53er Ausschusses dem Rat der Volksbeauftragten persönlich überreichen lassen: „Der 53er Ausschuß der Marine protestiert ganz energisch gegen die Machenschaften der Generale, welche die Arbeiter- und Soldatenräte verhaften. Der Zentralrat der Marine fordert die Volksbeauftragten auf, unverzüglich Schritte zu unternehmen, daß diese Machenschaften unterbleiben und unsere Brüder wieder auf freien Fuß gesetzt werden, damit die Früchte der Revolution nicht zunichte werden."

Die Verhandlungen der Reichsleitung mit der obersten Heeresleitung

über das Vorgehen einzelner Generale gegen die Arbeiter- und Soldatenräte und die sozialistischen Elemente im Westen nehmen einen befriedigenden Fortgang. Über eine Absetzung einzelner Generale sind noch keine endgiltigen Beschlüsse gefaßt.

Die Verhältniswahl.

Es ist als sicher anzunehmen, daß die Wahlen zur Nationalversammlung aufgrund der Verhältniswahl erfolgen werden. Die bisher in Deutschland üblichen Wahlsysteme gehen von der Aufteilung des Landes in voneinander unabhängige Wahlbezirke aus; diejenigen waren gewählt, die in einem Wahlbezirk die Mehrheit erlangten; die Stimmen der Minderheit in jedem Wahlbezirk waren verloren. Es lag also die Möglichkeit vor, daß Parteien, die in dem ganzen Land mehr Stimmen aufbrachten als irgend eine andere Partei, gänzlich unvertreten blieben, wenn sie den übrigen Parteien gegenüber in allen Wahlkreisen zwar eine starke Minderheit, aber nirgendwo die Mehrheit aufbrachten. Beispiele: Im ersten Wahlkreis bringt die Partei A 110, die Partei B 100 Stimmen, im zweiten Wahlkreis die Partei C 110, die Partei B wiederum 100 Stimmen auf; Ergebnis: die Parteien A und C, die je 110 Anhänger haben, stellen je einen Abgeordneten, die Partei B mit insgesamt 200 Anhängern keinen. Das Ergebnis widerspricht, namentlich wenn es sich nicht um örtliche, sondern um grundlegende, für das ganze Land entscheidende Fragen handelt, der Gerechtigkeit; es macht die Mehrzahl der Einwohner einfach mundtot.

Die Verhältniswahl dagegen verlangt, wie ihr Name sagt, daß die Abgeordneten nach Verhältnis der im ganzen Lande abgegebenen Stimmen gewählt werden. Die einfachste Form der Anwendung dieses Grundsatzes wäre nun die: Jeder Wähler hat nicht einen oder mehrere Abgeordnete für einen bestimmten Bezirk, sondern sämtliche Abgeordnete für das ganze Land zu benennen; er schreibt nach seinem freien persönlichen Ermessen die Namen der Männer auf, die er im Abgeordnetensessel sehen will. Die Folge dieses Verfahrens würde folgende sein: Einzelne allgemein bekannte, hervorragende Politiker erhalten eine große Masse Stimmen, der Rest zersplittert sich auf eine Unzahl von Persönlichkeiten, sodaß die Abgeordnetenwahl das reine Lotteriespiel würde. Wir wollen nicht auf weitere Einwände gegen dieses Verfahren eingehen, das wohl keine Aussicht auf Durchführung hat. Die besprochenen Nachteile vermeidet die sogenannte Listenwahl. Der Wähler ist hier an eine Liste bestimmter Persönlichkeiten gebunden. Diese Listen aufzustellen, ist Sache der einzelnen Parteien und allenfalls solcher Personengruppen, die, damit sich keine zwecklose Steckenpferdreiterei breit mache, eine bestimmte Mindestzahl von Wählern im voraus nachweisen müssen. Die Listen werden von der Regierung bekanntgegeben, und der Wähler entscheidet sich am Wahltage für eine dieser Listen. Von der Liste jeder Partei sind dann so viele Abgeordnete gewählt, wie nach dem Verhältnis der im ganzen Lande abgegebenen Stimmen auf die Partei entfallen; auf der einzelnen Parteiliste, die ja aus Vorsicht immer mehr Kandidaten aufweisen wird, als zum Schluß Abgeordnete auf die Partei entfallen, entscheidet die Reihenfolge der Aufführung. Wir nehmen ein Beispiel: Hundert Abgeordnete sind zu wählen; vier Parteilisten liegen vor; von 670 000 abgegebenen Stimmen fallen auf Liste A 400 000, B 200 000, C 44 000, D 26 000. Wie viele Abgeordnete kommen nun auf die einzelne Partei? Bei 100 Abgeordneten und 670 000 Wählern stellen 6700 Wähler einen Abgeordneten. Es ergibt sich also folgendes Bild:

A 400 000 = 59 × 6700 (Rest 4700)
B 200 000 = 29 × 6700 (Rest 5700)
C 44 000 = 6 × 6700 (Rest 3800)
D 26 000 = 3 × 6700 (Rest 5900).

Von Partei A sind demgemäß jedenfalls 59, von B 29, von C 6, von D 3 gewählt. Das ergäbe 97 Abgeordnete. Die noch fehlenden drei Sitze fallen den drei größten Resten zu; auf A, B, D käme demnach ein weiterer Abgeordneter.

Im einzelnen können nun noch viele Bestimmungen über Verrechnung von Stimmen, über Bevorzugung bestimmter Abgeordneten auf den einzelnen Parteilisten usw. hinzutreten; auch können zur technischen Durchführung der Wahl Wahlbezirke in anderem Sinne als bei dem früheren Wahlsystem eingerichtet werden. Wir haben uns oben darauf beschränkt, das Prinzip der Verhältniswahl für solche Leser, die sich bisher mit garstigen politischen Liedern zu wenig befaßt haben, zu erläutern. Da die Verhältniswahl zunächst nur für die verfassunggebende Versammlung inbetracht kommt, gehen wir nicht näher auf die Einwände ein, die man gegen sie erheben kann. Am schwersten wiegt der Einwand, daß sie den lebendigen persönlichen Zusammenhang zwischen Abgeordneten und Wahlkreis aufhebt und dadurch ein Berufsparlamentariertum heranzieht, das in einem gesunden Staatswesen möglichst einzuschränken ist. Dem stünde der Vorteil gegenüber, daß die einzelnen Abgeordneten sich nicht mehr in dem Maße an Kirchturminteressen gebunden fühlen würden, wie es jetzt zuweilen der Fall ist. Gerade bei einer verfassunggebenden Versammlung kommt es mehr auf allgemeine als auf örtliche bedingte Erwägungen an.

Provinzialnachrichten.

Graudenz, 27. November. (Das Ventzki-Werk als Arbeitergenossenschaft?) Wenn die Arbeiter des Ventzki-Werkes das Anerbieten des Geheimen Kommerzienrats Ventzki, das in der Bürgerversammlung am Freitag vorgetragen wurde, annehmen wollen, so könnte hier, wie der „Ges." schreibt, wohl am besten bewiesen werden, ob die Vergesellschaftung komplizierter Betriebe, deren Blühen bisher auf die Privat-Initiative beruhte, überhaupt verwirklicht werden kann, und ob dies zum Vorteil der Beteiligten und zum Vorteil der Gesamtheit gereicht. Ein besseres Angebot kann einer Arbeitergemeinschaft gewiß nicht gemacht werden. Wohl noch niemals hat ein Privatunternehmer unter so günstigen Bedingungen einen Betrieb eröffnen können. Die Arbeiter erhalten einen durch und durch gesunden Betrieb, mit einer guten Kundschaft. Die Artikel des Werkes genießen Weltruf und sind glänzend eingeführt. Die meisten Erzeugnisse genießen als Original-Erfindungen sogar ein Privileg durch Patentschutz. Der Arbeitergemeinschaft werden, wie man sagt, aufs blanke Angesicht Millionen zur Verfügung gestellt ohne jede materielle Unterlage und zu einem Zinssatze, wie man ihn bisher im Geschäftsverkehr nicht kannte. Der intellektuelle Urheber des Werkes entsagt aller Rechte an der Verwaltung und will trotzdem seine Erfindungen umsonst zur Verfügung stellen. Ja, er geht noch weiter und verspricht, seiner alten treuen Arbeiterschaft als Konstrukteur noch weiter beizustehen. Hier ist also einmal wirklich aufs leichteste Gelegenheit gegeben, zu beweisen, ob sozialistische Ideen — nicht blos im Teilen, sondern in der Gemeinschaftsarbeit — durchführbar sind. Also Arbeiter des Ventzki-Werkes, nun zeigt, was ihr könnt!

Graudenz, 28. November. (Den hiesigen gefangenen französischen Offizieren) ist es nach einer Bekanntmachung des Arbeiter- und Soldatenrats gestattet, sich von 10 Uhr vormittags bis abends 9 Uhr auf der Straße und in den Lokalen der Stadt frei zu bewegen.

Marienburg, 26. November. (Plünderungsschäden.) Den hiesigen durch die Plündereien geschädigten Kaufleuten wurden jetzt die Waren, die mit Hilfe von Haussuchungen wieder ans Tageslicht gebracht worden sind und die einen Wert von 50—60 000 Mark repräsentieren, vom Arbeiter- und Soldatenrat wieder zugestellt. Insgesamt sind für 1½ Millionen Mark Waren geplündert worden.

Elbing, 26. November. (Der Wohnungsmangel) läßt hier nach, seitdem die in den großen Betrieben arbeitenden Reklamierten Elbing verlassen haben. Es gibt wieder möblierte Zimmer und Wohnungen, wenn letztere auch noch in beschränkter Zahl, zu mieten, ohne daß man eine Belohnung für die Besorgung zu zahlen braucht.

Dirschau, 26. November. (Wegen Arbeitermangels) hat die Zuckerfabrik Dirschau bis auf weiteres ihren Betrieb einstellen müssen. Die russischen Kriegsgefangenen weigerten sich, weiter zu arbeiten, und einheimische Arbeitskräfte stehen augenblicklich in erforderlicher Anzahl nicht zur Verfügung.

Danzig, 27. November. (Über polnische Grundstückskäufe in Danzig) wird der „Elb. Ztg." gemeldet, daß hier in den letzten Tagen der Vertreter eines Krakauer Bankhauses weilte, der durch Vermittelung eines bekannten Danziger Architekten eine große Anzahl von Hausgrundstücken besichtigte und sich das Vorkaufsrecht sicherte für den Fall, daß Danzig polnisch werden sollte. Der Wert der Grundstücke beträgt mehrere Millionen Mark. Eine Million wurde von dem Polen in Danzig hinterlegt; sie verfällt, wenn die Käufe später infolge der politischen Entscheidungen nicht ausführbar werden sollten.

Danzig, 27. November. (Daß man im Grundstücksgeschäft mitunter ein reicher Mann werden kann,) beweist ein in Schellmühl vollzogener Verkauf. Die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik in Düsseldorf verkaufte ihr dortiges Grundstück für 145 000 Mark an den Grundstückshändler Basner, der den neuen Käufer schon an der Hand hatte und das gleiche Grundstück für 255 320 Mark an den Fabrikbesitzer Felix Berger verkaufte.

Danzig, 28. November. (Rückkehr der Fronttruppen.) In Stolp ist am Dienstag bereits das Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 21 zum überwiegenden Teil angelangt. In Danzig erwartet man insgesamt 40 000 bis 50 000 Mann, die vorerst natürlich hier untergebracht werden müssen. Ein besonderer Ausschuß hat die Vorbereitungen für einen würdigen Empfang der heimkehrenden Krieger in Händen.

Danzig, 28. November. (Die Wahl des neuen Danziger Oberbürgermeisters) ist infolge Ausbruchs der Revolution unterblieben. Ob sie überhaupt noch vor der inneren politischen Neuordnung, die ja auch auf die Städteordnung übergreifen wird, vorgenommen werden wird, ist zweifelhaft geworden. Die unabhängigen Sozialdemokraten machen in ihrem Organ Stimmung dafür, daß der Danziger Oberbürgermeisterposten künftig nicht mehr mit 18 000 Mark bezahlt wird; das sei entschieden zu viel.

Braunsberg, 26. November. (Weiblicher Rektor.) Lehrerin Ottilie Zindler, Schülerin der hiesigen Elisabethschule, hat in Danzig die Rektorprüfung bestanden.

Pillau, 28. November. (Erschossen) wurde in der Nacht von dem Wachtposten des Soldatenrats ein Plünderer, der sich auf dem Bahngeleise nahe des Hafens an einem Waggon zu schaffen machte. Ein zweiter wurde ergriffen.

Marggrabowa, 26. November. (Tödlich verunglückt) ist infolge einer Benzin-Explosion der Klempnermeister Pohl in Schmiegel. Der 14jährige Sohn und ein Lehrling, die dem P. bei der Arbeit halfen, erlitten erhebliche Verletzungen.

Bromberg, 28. November. (Raubmord.) Wie die „Ostd. Presse" mitteilt, wurde gestern Abend um 6¼ Uhr die unter sittenpolizeilicher Aufsicht stehende Alma Mölke in ihrer Wohnung im Hause Mittelstraße 51 ermordet aufgefunden. Die Mölke ist durch etwa sieben Stiche, die ihr mit einem nicht sehr breiten Messer in der Herzgegend beigebracht wurden, getötet worden. Anscheinend hat zwischen der M. und dem Mörder ein Kampf stattgefunden, da die Mölke gewürgt worden ist, worauf Verletzungen am Halse und das Zerreißen einer Halskette, die sie trug, hindeuten. Es liegt Raubmord vor.

Ostrowo, 27. November. (Tödlicher Unfall.) Hier sprang ein 20jähriger Urlauber von dem fahrenden Güterzuge ab, wobei sich sein Mantel in den Rädern verfing und der Mann zu Tode geschleift wurde.

Landsberg a. W., 26. November. (In geistiger Umnachtung) erschoß in Nabern, Kreis Königsberg (Neumark), der 58jährige Kossät Guse das 18jährige Dienstmädchen Sahr beim Melken, dann entleibte er sich selbst. Guse war schon seit längerer Zeit schwermütig. — Ermordet aufgefunden wurde in Arnswalde der Schuhmachermeister Wriske in seiner Werkstatt. Sämtliche vorhandenen Barmittel wurden geraubt. Der Täter ist unermittelt.

Lokalnachrichten.

Zur Erinnerung. 30. November. 1917 Erstürmung der Scheldehöhen bei Banteux. 1916 Erkämpfung des Überganges über die Neajlow-Niederung in Rumänien. 1915 Besetzung von Baljanic, Plevlja, Jabuca. Fluchtartiger Rückzug der Montenegriner. 1914 Siegreicher Kampf der deutschen Schutztruppe bei Plantation in Kamerun. 1909 † Herzog Karl Theodor von Bayern, der Augenarzt. 1870 Sieg der Deutschen über die Franzosen bei Champigny. 1839 Ausbruch der polnischen Empörung. 1829 * Anton Rubinstein, hervorragender Komponist. 1817 * Theodor Mommsen, berühmter Historiker. 1813 Kapitulation der französischen Besatzung von Stettin. 1793 * Joh. Schönlein, berühmter Mediziner, Begründer der sog. naturhistorischen Schule.

Thorn, 29. November 1918.

— (Todesfall.) Gestorben ist am 8. Oktober der Generalleutnant z. D. Max von Wienskowski, zuletzt Kommandeur einer Infanterie-Division, der von seinem Eintritt als Fähnrich an dem hier garnisonierenden Infanterie-Regiment von Borcke Nr. 21 von 1879 bis 1893 u. a. als Regimentsadjutant angehörte. Das Offizierkorps des Regiments widmet dem Heimgegangenen einen warmempfundenen Nachruf.

— (Auf dem Felde der Ehre gefallen) ist der Leutnant August von Wühlisch (Fußart. 5), Sohn des Generalleutnants von W., früher Kommandeur der Danziger Brigade. Er erlag, aus dem Felde, ebenso wie seine vier Brüder, glücklich heimgekehrt, einer schnellen tückischen Krankheit. Ferner: Unteroffizier Rudolf Neubauer aus Grabowitz, Landkreis Thorn, von dessen Brüdern ihm zwei in den Heldentod vorangegangen waren; Seminarist Karl Schmechel aus Thorn; Lehrseminarist Adonis Weydert von der evangel. Lehrerbildungsanstalt in Thorn.

— (Das Eiserne Kreuz) erster Klasse haben erhalten: Vizefeldwebel Karl Henkel aus Lindenthal; Vizefeldwebel Lotze aus Hohensalza.

— (Das Verdienstkreuz für Kriegshilfe) ist verliehen worden: dem Zeugfeldwebel Bock, dem Zeugfeldwebel Neumann und dem Oberfeuerwerker d. L. Koch vom Artillerie-Depot in Thorn.

— (Die Rote Kreuz-Medaille) dritter Klasse wurde der Hilfsschwester Erna Dorrn aus Podgorz verliehen.

— (Postverkehr mit dem Ostheere.) Briefe und Postkarten an die Angehörigen der Ostheere können wieder aufgeliefert werden. Falsch verstandene und wohl auch unrichtige Zeitungsnachrichten haben Stockungen eintreten lassen, die von den Beteiligten im fernen Osten schmerzlich empfunden werden. Zur Sperrung der Nachrichtenpost nach den Ostheeren liegt keine Veranlassung vor. Wir warten sehnsuchtsvoll auf Nachrichten von unseren Angehörigen. Die zurückmarschierende und noch im besetzten Gebiet notwendige Truppe braucht unbedingt diese unmittelbare Verbindung mit Haus und Herd. Sie abschneiden, hieße die Beunruhigung, die ohnedies vorhanden ist, bis zur Unerträglichkeit steigern.

— (Die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden mit den Arbeiter- und Soldatenräten.) Den Herren Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten ist am 14. November ein telegraphischer Erlaß der preußischen Regierung über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden mit den Arbeiter- und Soldatenräten sowie den etwa entstandenen Bauernräten zugegangen, nach dem die Vertreter der A.- und S.-Räte beziehungsweise Bauernräte als Kontrollinstanz in einzelnen Verwaltungsbehörden, insbesondere also den Oberpräsidien, Regierungen, Landratsämtern zur Seite zu treten haben und bei allen wichtigen Verhandlungen zuzuziehen sind. Alle Grundsätze dieses Erlasses haben auch für die kommunalen Verwaltungen der Land und Stadtgemeinden, Kreise und Provinzen Geltung.

— (Nähere Bestimmungen über die Amnestie.) Nach Ziffer 6 des Reichsgesetzes vom 12. November 1918 ist für alle politischen Straftaten Amnestie gewährt. Die wegen solcher Straftaten erhobenen Verfahren sind niederzuschlagen. Unter politischen Straftaten sind alle Straftaten verstanden, die in unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhang mit Kämpfen um die staatliche, soziale oder politische Ordnung begangen worden sind, ohne Rücksicht darauf, unter welchen rechtlichen Gesichtspunkten die Strafen verhängt sind oder bei einer Niederschlagung zu verhängen sein würden.

— (Die Ludendorff-Spende,) die Sammlung freiwilliger Liebesgaben für unsere Kriegsbeschädigten, hat bisher mehr als 150 Millionen Mark ergeben.

— (Ober-Ost-Geld giltig!) Mit dem zurückkehrenden Oberkommando Ost und den zugehörigen Truppenabteilungen dürfte auch das sogenannte Ober-Ost-Geld ins Reich hereinkommen. Um Beunruhigung zu vermeiden, ist daher darauf hingewiesen, daß die Reichsbank und die Reichspostanstalten angewiesen sind, dieses Geld zum vollen Wert anstandslos einzuwechseln.

— (Aufhebung der geistlichen Ortsschulaufsicht.) Vom Ministerium für Wissenschaften, Kunst und Volksbildung ist folgende Veröffentlichung erlassen worden: 1. Die geistliche Ortsschulaufsicht in Preußen ist vom 27. d. Mts. ab aufgehoben; 2. die bisherigen Inhaber bleiben solange im Amte, bis ihre Befugnisse durch die Kreisschulinspektoren übernommen sein werden; 3. die Übernahme ist unverzüglich in die Wege zu leiten und muß am 31. Dezember d. Js. abgeschlossen sein. — Des weiteren hat das genannte Ministerium im Interesse der Volksbildung folgendes Ersuchen an das Kriegsministerium gerichtet: Im Interesse der baldigen Wiederaufnahme des vollen Unterrichtsbetriebes bitten wir das preußische Kriegsministerium, zu verfügen, daß bei der Demobilisierung alle Lehrer ohne Unterschied sofort entlassen werden.

— (Ein Vertrauensrat der evangelischen Landeskirche.) Evangelischer Oberkirchenrat und Generalsynodalausschuß haben in Berlin in gemeinsamer Sitzung beschlossen, sich durch Zuziehung einer größeren Zahl kirchlicher Vertrauensmänner aus den verschiedenen Kreisen der evangelischen Landeskirche zu verstärken, um im Zusammenwirken mit ihnen die angesichts der gegenwärtigen Notlage der Kirche erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Die erste Beratung mit den Vertrauensmännern ist bereits für die kommende Woche in Aussicht genommen. Nähere Mitteilung wird eine in diesen Tagen ergehende Ansprache des Ev. Oberkirchenrats und Generalsynodalvorstandes an die Kirchengemeinden der preußischen Landeskirche enthalten.

— (Neuregelung des militärischen Löhnungswesens.) Nach den neuen Bestimmungen beträgt die Grundlöhnung für den Gefreiten sowie jeden Mann monatlich 30 Mark. Angehörige der zu bildenden Sicherungstruppe erhalten eine tägliche Zulage von 5 Mark. Das Geschäftszimmer-, Küchen-, Kammer- und Sanitätspersonal, Pferdepfleger und Handwerker außer ihrer Löhnung täglich 3 Mark. Für Bäcker, Schlächter und Transportarbeiter, sowie Wachtdienstituer ist eine Tageszulage von 4 Mark zuständig. Für stundenweise Heranziehung zum Arbeitsdienst wird eine Stundenzulage von 50 Pfg., für Schwerarbeiter von 60 Pfg. gewährt.

— (Umgestaltung der Brotversorgung.) Die Umgestaltung der Brotversorgung am 2. Dezember wird sich, wie W. T.-B. mitteilt, nunmehr in folgender Weise gestalten Die Zusatzbrotkarte für Schwer- und Schwerstarbeiter wird auf Wunsch der Berliner Arbeiterschaft aufgehoben, und die hierdurch freiwerdende Menge Mehl wird dazu verwendet, die allgemeine Brotportion einheitlich und gleichmäßig auszugestalten; dementsprechend wird die Wochenmenge vom 2. Dezember ab auf 2350 Gramm festgesetzt. Zunächst behalten die für die Zeit nach dem 2. Dezember ausgegebenen Brotkarten ihre Giltigkeit; die über 200 Gramm lautenden Abschnitte werden, wie noch des näheren bekannt gegeben wird, für 250 Gramm angenommen. Vom gleichen Zeitpunkt ab wird die auf Reichsreisebrotmarken entfallende Tagesbrotmenge 300 Gramm betragen. Wird eine Reise vor dem 2. Dezember angetreten und dehnt sie sich über diesen Zeitpunkt aus, so erhält der Reisende für die Zeit bis 1. Dezember einschließlich 5, für die spätere Zeit täglich 6 Reichsreisebrotmarken.

— (Die Durchführung der Erwerbslosenfürsorge.) Zu der Verordnung des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilmachung über Erwerbslosenfürsorge hat das Ministerium des Innern Ausführungsvorschriften erlassen, in denen es heißt: Da die Verordnung sich nicht auf Arbeitslosenfürsorge beschränkt, sondern Erwerbslosenfürsorge vorschreibt, läßt sie erkennen, daß nicht nur Arbeitnehmer, sondern auch Angehörige selbständiger Berufe, z. B. Handwerker, bei Zutreffen der Voraussetzungen der Verordnung Anspruch auf Fürsorge haben. Träger der Fürsorge sind die Gemeinden. Ihre Sache ist es, im Rahmen der Verordnung umgehend die Regelung im einzelnen vorzunehmen. Es wird von der Regierung erwartet, daß die Gemeindeaufsichtsbehörden mit Nachdruck auf schleunigsten Erlaß der erforderlichen Anordnungen der Gemeinden halten und ihnen dabei, soweit die Verhältnisse es erfordern, helfend zur Seite stehen. Keinesfalls dürfen Erwerbslose darunter leiden, daß die endgiltige Regelung noch nicht abgeschlossen ist; gegebenenfalls wird vorläufig und ausreichend zu helfen sein. Es wird vom Ministerium des Innern erwartet, daß die Gemeinden sich bei der allgemeinen Regelung der Fürsorge, insbesondere bei Bestimmung der Höhe der Unterstützung und bei der Durchführung der Fürsorge, jeder Engherzigkeit enthalten. Die Erwerbslosenbeihilfe darf allerdings nicht dazu ausarten, gewollte Arbeitslosigkeit und Trägheit zu fördern, und eine scharfe Kontrolle zur Verhinderung solchen Mißbrauchs muß stattfinden. Aber es wird unbedingt dafür Sorge zu tragen sein, daß die unverschuldet Erwerbslosen vor Not geschützt sind.

— (Arbeitsvermittelung.) Das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilmachung hat eine Verordnung erlassen, nach der alle Arbeitgeber verpflichtet sind, ihren Bedarf an Arbeitskräften jeweils auf dem schnellsten Wege bei einem nichtgewerbsmäßigen Arbeitsnachweis zur Anmeldung zu bringen. Auch alle Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, bei denen Bedarf an Arbeitskräften vorhanden ist, haben diese Anmeldepflicht zu erfüllen.

— (Landwirtschaftliche Arbeiter.) Beim Arbeitsnachweis der Landwirtschaftskammer Danzig sind zurzeit 200 männliche und 1500 weibliche Arbeitskräfte nachgewiesen. Infolge des dringenden Bedarfs an Militärpersonen haben die Truppenteile die für landwirtschaftliche Arbeiten usw. kommandierten Mannschaften spätestens bis zum 8. 12. 18 zurückzurufen. Die Arbeitgeber haben sich wegen Überweisung von Arbeitskräften nötigenfalls mit dem Arbeitsnachweis der Landwirtschaftskammer Danzig in Verbindung zu setzen.

— (Achtstundentag im Bäckereigewerbe.) Die Arbeit in Bäckereien nud Konditoreien wird durch eine neue Verordnung geregelt, die das Reichsarbeitsamt ausgearbeitet hat. Die neuen Bestimmungen treten am 15. Dezember inkraft. Vor allem soll die Nachtarbeit grundsätzlich verboten werden. Ebenso ist ein allgemeines Verbot der Sonntagsarbeit vorgesehen. Auch die Beschränkung der Arbeitszeit auf acht Stunden täglich wird allgemein auf die Bäckerei und Konditorei übertragen. Ausnahmen sind in der Verordnung vorgesehen.

— (Das Ende der Dienstbotennot) kündigt man aus dem Industriegebiet an. Die durch die Heimkehr der Truppen notwendig gewordenen Verschiebungen in den industriellen Betrieben machen sich auf dem Dienstbotenmarkte dort schon recht erheblich bemerkbar. Zahlreiche Mädchen, die während des Krieges eine lohnende Beschäftigung in den Werkstätten für Heeresbedarf gefunden hatten, sind jetzt frei geworden und sehen sich nach Stellen im Haushalt um. Die Dienstbotennot ist zuende. Das Angebot hält jetzt wieder der Nachfrage die Wage, und es dürfte sie mit fortschreitender Friedenswirtschaft bald übertreffen. — Für die „betroffenen" Mädchen mag dieser Übergang zunächst nicht angenehm sein, und angenehme Hausgenossen werden viele von ihnen für die Hausfrauen sicher nicht werden. Aber auf die Dauer ist's doch besser für sie. Sie lernen dort wirtschaften und ihren Zukünftigen ein angenehmes Heim bereiten.

— (Versorgung der Bürgerbevölkerung mit Webwaren.) Das Demobilmachungsamt hat folgendes bestimmt: Alle beim Heere freiwerdenden Nähgarne, Web-, Wirk-, Filz-, Strick- und Seilerwaren und daraus hergestellten Gegenstände sind, soweit sie wiederherstellbar sind, der Kriegswirtschafts-Aktiengesellschaft, Geschäftsabteilung der Reichsbekleidungsstelle, Berlin, Nürnbergerplatz 1, zur Verfügung zu stellen. In erster Linie müssen alle Nähgarne abgegeben werden. Ferner sind alle Lumpen und neuen Stoffabfälle, sowie nicht wiederherstellbaren Gegenstände aus Web- usw. Waren der Lumpenverteilungszentrale bei der Kriegs-Hadern-Aktiengesellschaft, Berlin SW. 19, Leipzigerstraße 75/76, zu überweisen. Allen militärischen Stellen ist es verboten, Textilfertigware und Alttextilien, die beim Heere frei werden, selbständig ohne Zustimmung der oben genannten Gesellschaften zu veräußern. Jeder derartige Verkauf ist nichtig.

— (Erweiterte Lederfreigabe.) Um den infolge der Demobilmachung aus dem Heeresdienst entlassenen Schuhmachern die Möglichkeit zu geben, ihren Beruf möglichst rasch wieder aufzunehmen, hat die Kontrollstelle für freigegebenes Leder die Einrichtung von über 400 Sperrlägern in allen Teilen des Reiches veranlaßt. Der zurückkehrende selbständige Schuhmacher, der seinen Betrieb wieder aufnehmen will oder der bereits im Besitze einer Bodenlederkarte befindliche Schuhmacher, der zurückkehrende Schuhmachergesellen neu einstellt, hat sich zwecks Erlangung von Boden- und Schuhoberleder an die Lederkleinhandlung oder Rohstoff-Genossenschaft zu wenden, von der er in Zukunft Leder beziehen will. Diese Lederkleinhandlung bezw. Rohstoff-Genossenschaft fordert bei dem für ihren Bezirk zuständigen Sperrlager die für jede beschäftigte Arbeitskraft anfallende Menge Leder sofort an. Die zuständigen Sperrläger werden den Lederhändlern und Rohstoff-Genossenschaften in Kürze bekannt gegeben werden. Die Sperrläger werden mit den notwendigen Ledermengen sofort versehen werden, soweit nicht infolge der derzeitigen Transportverhältnisse sich Schwierigkeiten ergeben.

— (Der weibliche Arbeitsmarkt.) Die durch die Heimkehr der Truppen notwendig gewordenen Verschiebungen in den industriellen Betrieben machen sich bereits auf dem Dienstbotenmarkt erheblich bemerkbar. Zahlreiche Mädchen, die während des Krieges eine lohnende Beschäftigung in den Werkstätten für Heeresbedarf gefunden hatten, sind jetzt frei geworden und sehen sich nach Stellen im Haushalt um.

— (Die Hausschlachtungen.) Mit Rücksicht auf die Lage der Kartoffel- und Getreideversorgung hat der Staatssekretär des Reichsernährungsamts die Bundesregierungen ersucht, daß die Hausschlachtungen bis zum 31. Dezember 1918 beendet sein müssen und nur in besonderen Ausnahmefällen eine Verlängerung des Termins zuzulassen. Die nach dem 1. Januar 1919 noch in den Beständen ohne Genehmigung befindlichen schlachtfähigen Schweine sind, abgesehen von den Zuchtschweinen, auf deren Erhaltung mit allen Mitteln hinzuwirken ist, und von noch nicht abgenommenen Vertragsschweinen, möglichst ohne Verzug zur Erfüllung der Schlachtviehumlage heranzuziehen.

— (Die Massenschlachtungen,) die in Danzig und Thorn für Rechnung der Heeresverwaltung vorgenommen worden sind, hören mit dem Kriegsende nun auf. Das Vieh, in der Hauptsache Rinder, kam aus dem Oberost-Gebiet, aus Finnland und auch aus der Ukraine. Das Fleisch wurde zu Konserven verarbeitet, während die Knochen teils an die Arbeiterschaft der Konservenfabriken, teils an die übrige Bevölkerung verkauft wurden. In den nächsten Tagen schließen die Fabriken ihren Betrieb.

— (Starker Rückgang der Lebensmittelpreise.) Nach der „Deutsch. Allg. Ztg." sind im holländischen Grenzverkehr die Preise für Lebensmittel bedeutend gefallen. Butter ging von 15 auf 6 Mark, Sückseife von 4—5 Mark auf 85 Pfg., Öl von 36 auf 8 Mark zurück. Auch die Preise für Kaffee, Tee, Mehl, Zucker, Eier, Stärke, Margarine, Zigarren usw. sind sehr zurückgegangen.

— (Fort mit veralteten Polizeiverordnungen!) Wie verlautet, haben die das Ministerium des Innern leitenden Volksbeauftragten die Provinzialbehörden angewiesen, sämtliche Polizeiverordnungen erneut auf ihre Gesetzmäßigkeit, Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit zu prüfen. Alle Verordnungen und Bestimmungen, die nach einer dieser drei Richtungen Bedenken erwecken, insbesondere also auch die veralteten, sollen beseitigt werden. Diese Anordnung wird voraussichtlich die Aufhebung einer größeren Zahl von Polizeiverordnungen zur Folge haben.

— (Thorner Truppen als Grenzschutz.) Wie wir hören, kommen die seit einigen Tagen erwarteten Infanterie-Regimenter Nr. 176 und 61 nicht nach Thorn, da sie vorläufig bis zum Friedensschluß als Grenzschutz in Graudenz bleiben. Von den übrigen Truppen ist bis jetzt nur ein Rekruten-Depot hier eingetroffen.

— (Der Polizeibericht) verzeichnet heute keinen Arrestanten.

Volksversammlung in Thorn.

Die erste große Volksversammlung nach Errichtung der sozialistischen Volksregierung in Deutschland fand am Donnerstag Abend im Etablissement Viktoriapark statt, dessen großer Saal Kopf an Kopf gedrängt gefüllt war. Unter den Teilnehmern der vom Arbeiter- und Soldatenrat einberufenen Versammlung waren alle Schichten der Bevölkerung vertreten, auch zahlreiche Frauen waren erschienen. Wenn im Verlaufe der dreistündigen Verhandlungen auch die Gemüter öfters heftig aufeinanderplatzten, so gelang es doch der umsichtigen und verständnisvollen Leitung des Herrn Wohlfeil vom Arbeiterrat, der mit Herrn Mittelschullehrer Pleger laut Beschluß der Versammlung den Vorsitz übernommen, die besonders in der nach dem einleitenden Vortrag stattfindenden Aussprache sehr hoch gehenden Wogen der Erregung immer wieder zu glätten, sodaß die Ruhe und Ordnung gewahrt blieb. Herr Wohlfeil wies bei der Übernahme des Amtes als Versammlungsleiter darauf hin, daß die politische Lage durch die Revolution zu einer Frage des Volkes geworden ist. Mit fester Kraft und eisernem Willen wollen wir an dem Ausbau der neuen Zustände tätig sein. — Das Referat des Abends erstattete dann Herr Maurer Sokolowski über das Thema: „Die politische Lage und die Aufgaben der Arbeiterschaft in der Gegenwart." Er führte dabei u. a. aus: Durch die jetzige Regierung ist jedem die Redefreiheit gewährt. Seit dem 10. November, dem Tage des Umsturzes, sind wir freie, deutsche Bürger geworden. Das Ergebnis des 4½jährigen Krieges ist der Sturz des Imperialismus, und zwar ist zuerst gefallen das absolutistische Zarenreich. Dem gestürzten Nikolaus II. folgte Ferdinand von Bulgarien, Karl von Habsburg und Wilhelm II. Er war der Vertreter des preußischen Systems, des preußischen Junkertums, des Militarismus, durch den das ganze Volk soviel hat leiden müssen. Die Entwickelung der Verhältnisse hat gezeigt, daß das deutsche Volk reif genug ist, sich allein die Ordnung im Lande zu schaffen, wie es seiner Gesinnung, seiner Vergangenheit entspricht. Angesichts der bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung gilt es, das arbeitende Volk aufzuklären, damit es weiß, welcher Partei es sich anschließen, wem es die Stimme geben soll. Ein charakteristisches Zeichen der Zeit ist es, daß die Konservativen, die immer nur ihre Klasseninteressen vertreten und nie ein Herz für das Volk gehabt, jetzt in Anpassung an die neuen Verhältnisse sich auch nach links orientiert haben. Auch die anderen bürgerlichen Parteien werben um die arbeitenden Klassen. Zu den Arbeitern gehören auch alle in abhängiger Stellung stehenden Beamten und Angestellten. Stets und ständig hat die Sozialdemokatie die Interessen der arbeitenden Klassen vertreten, wie ihr Programm zeigt, das bereits im Jahre 1867 auf dem sozialdemokratischen Parteitage in Erfurt aufgestellt wurde und noch jetzt Geltung hat. Redner besprach hierauf kurz die einzelnen dort aufgestellten Forderungen, indem er dabei darauf hinwies, daß dieser zu Eroberungszwecken geführte Krieg mit seinen schrecklichen Folgen vermieden worden wäre, wenn die Entscheidung über Krieg oder Frieden beim Volke gelegen hätte. So wurde durch das Kadavergehorsam-System das deutsche Volk auf die Schlachtbank geführt. Mit Nachdruck betonte der Referent weiter, daß der Sozialdemokratie jeder Eingriff in die Kirche fernliegt. Sie steht auf dem Standpunkt, daß der Glaube das private Recht jedes Einzelnen ist. Wer gesagt hat, die Sozialdemokratie wolle die Kirche abschaffen, der hat gelogen. (Zuruf: Agrarierhetze!) Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln für die Kirche sind indes eine Ungerechtigkeit. Der Staat kann ohne Kirche leben, aber die Kirche nicht ohne Staat. Die Sozialdemokratie hat niemals die Abschaffung der Kirche als solche verlangt und niemand an der freien Religionsausübung zu hindern gesucht. Unter Zustimmungsäußerungen erklärte Redner bei Erörterung des sozialdemokratischen Programmpunktes, der die Abschaffung der Zölle verlangt, daß die vom Reichstage angenommene Zollvorlage, die unserem Volke das Brot und andere Lebensmittel verteuert habe, die Ursache des Krieges mit Rußland war. Die mit starkem Beifall aufgenommene Rede klang in die Aufforderung aus, sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen. — Im Anschluß hieran machte Herr Wohlfeil zu dem Gesagten einige Bemerkungen, in denen er betonte: Wir alle wollen ein offenes Kartenspiel in der Politik. Wir begrüßen, daß uns die Revolution das von der Sozialdemokratie geforderte Wahlrecht gesichert hat, ferner, daß die jetzige Regierung noch keinen endgiltigen Spruch über die Trennung von Kirche und Staat gefällt hat. Die Verstaatlichung der Betriebe soll nicht auf einmal durchgeführt werden, damit wir nicht zu Zuständen wie in Rußland gelangen. Mit dem Terror des Bolschewismus haben wir nichts gemein. — Auf die aus der Versammlung vorgebrachten Beschwerden gegen den Magistrat betreffend Lebensmittelversorgung usw. erklärte der Vorsitzer, daß man das, was gewesen, begraben sein lassen wolle. Der Arbeiterrat übt jetzt die Kontrolle aus, daß gerecht gewirtschaftet wird und eine gleichmäßige Verteilung des Vorhandenen stattfindet. Herr Jankowski führt aus: Mit Freude begrüßen wir die heutige Versammlungsfreiheit, die uns die Revolution für alle Volksschichten gebracht hat. Die Vorkämpfer des Arbeiterstandes und der Volksrechte haben Kerker, Schmach und Elend leiden müssen. An der Hand von ihm vorliegendem Material teilt Redner die im Dienste der Arbeiterbewegung gebrachten Opfer zahlenmäßig mit. Ferner gibt er einen Überblick, was die Sozialdemokratie in der letzten Reichstagsperiode geleistet hat, dabei betonend, daß auch die Interessen des Mittelstandes stets tatkräftig von ihr wahrgenommen worden sind. Er schloß mit dem Appell an die Anwesenden: Treten Sie in die sozialdemokratische Partei ein! (Beifall.) — In der weiteren Aussprache führte Herr Petri aus: Wir stehen am Ausgang schwerer politischer Umwälzungen und sehnen uns nicht zurück. Wenn aber behauptet wird, der Kaiser sei an allem schuld, so möchte er dem doch widersprechen. Man dürfe doch nicht vergessen, daß der Kaiser, der die Geschicke des Volkes nach bestem Wissen und Gewissen gelenkt hat, heute heimatlos ist. (Bei diesen Ausführungen erhebt sich ein ungeheurer Tumult, man sucht den Redner niederzuschreien. Der Vorsitzer ermahnt dringend, den Redner nicht zu unterbrechen.) Ich bin auch aus dem Felde zurückgekehrt, und ich betrachte es als eine besondere Gnade Gottes, daß ich gesund heimkehren durfte. Obwohl ich mich ganz auf den Boden der neuen Verhältnisse stelle, kann man von mir nicht verlangen, daß ich von heute auf morgen ein begeisterter Anhänger der neuen Regierungsform werde. Das deutsche Volk muß sich bemühen, bestehende Gegensätze verschwinden zu lassen, Ruhe und Frieden erhalten und alle Volkskreise sich gegenseitig zu verstehen suchen. Herr Tomaszewski fordert ein Vorgehen gegen den Oberbürgermeister von Thorn. Bis jetzt sind die Arbeiter von den städtischen Behörden geknebelt und geknechtet worden. Auch unter den städtischen Beamten muß eine Durchsiebung stattfinden durch ganz große Maschen, damit recht viele hindurchfliegen. Als Redner dann Beschuldigungen gegen den verstorbenen Dezernenten des städtischen Lebensmittelwesens erhebt, deren näherer Wortlaut dem Berichterstatter bei der eintretenden Unruhe unverständlich blieb, ertönt der Zwischenruf: „Es ist nicht anständig, daß ein deutscher Bürger einen Toten beschimpft!" Darauf erhebt sich ein Entrüstungssturm gegen den Rufer, der auf stürmisches Verlangen auch den Saal verlassen mußte. Nur mit Mühe gelang es dem Vorsitzer, die Ruhe wieder herzustellen, worauf Herr Tomaszewski am Schluß seiner Rede erklärte: Erst mit einem Amtswechsel werden bessere Verhältnisse für die Arbeiterschaft Thorns einkehren. Von zwei Rednern wurde unter Schilderung der bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse herrschenden Zustände eine Kontrolle der Kasse durch den Arbeiterrat verlangt. In längerer Rede unterrichtet dann Herr Pachall die Anwesenden über die Ziele und Wünsche der Polen. Er führt dabei u. a. aus: Die Polen beanspruchen einen Ausgleich der Sitze im Stadtparlament mit Rücksicht darauf, daß die polnische Bevölkerung überwiegt und sie bisher nur einen Vertreter im Magistrat hat. Vor allem müssen die Herren, die die gehässigste Polenpolitik getrieben, verschwinden. Mit seiner bekannten Rede im Reichstage haben Justizrat Schlee und Oberbürgermeister Hasse mit seiner im Herrenhause gehaltenen Rede, die zu einer Volksangelegenheit geworden ist, sich als offene Feinde der Polen bekannt; ihr ferneres Verbleiben an der Spitze der Stadt würde nur das gute Einvernehmen, das jetzt zwischen Polen und Deutschen herrscht, empfindlich stören. Unter lebhaften Pfuirufen seiner Volksgenossen legt Redner gegen die Ausführungen der beiden Redner im Herrenhause und Reichstage schärfste Verwahrung ein, da die den polnischen Ärzten vorgeworfenen Pflichtverletzungen unwahr sind. Wir können nur Bürgermeister und Stadträte gebrauchen, die mit uns fühlen; das ist das Gebot der Stunde! (Stürmischer Beifall bei den zahlreich anwesenden Polen.) Herr Jankowski rügt scharf das Verhalten, die bürgerlichen Redner nicht aussprechen zu lassen, und ermahnte zur Ruhe und Besonnenheit, um gemeinsam handeln zu können. Unter Bezugnahme auf ein vor dem Rathause belauschtes Gespräch zwischen zwei Stadträten und einem Stadtverordneten betreffs die Anstellung des Dr. Meyer als besoldeter Stadtrat bezeichnet Redner es als grundsätzlich falsch, nur Juristen für diesen Posten auszuersehen. Man müsse dafür sorgen, daß auch geeignete Arbeiter als besoldete Stadträte in den Magistrat kommen, wenigstens bis zu den allgemeinen Wahlen. Herr Maurer, Stadtrat Urbanski erwähnt bei seinem Bericht über die vom Magistrat anerkannten Forderungen des Arbeiterrats, daß nicht alle Wünsche sofort Erfüllung finden können. Kontrollstellen sind in den städtischen Verteilungsämtern in der Culmer- und Brückenstraße errichtet und mit Mitgliedern des Arbeiterrats besetzt worden. Unmöglich sei es, den ganzen städtischen Verwaltungsapparat auf einmal stillzulegen. Das verbiete sich mit Rücksicht auf die Ernährungsfrage. Zeigt sich der Magistrat aber arbeiterfeindlich, dann wird das Erforderliche unternommen werden. Ebenso bleiben die städtischen Beamten nur in ihren Ämtern, soweit sie mit dem Arbeiter- und Soldatenrat arbeiten. Dieser wird dahin streben, daß die Wünsche der Deutschen und Polen Erfüllung finden. Ferner macht Herr Urbanski noch Mitteilung über die Zusammensetzung des gebildeten Arbeitsausschusses des Arbeiterrats. Von einer Vergrößerung des Arbeiterrats durch Wahlen in der heutigen Versammlung wurde Abstand genommen. Es sind vielmehr Anträge betreffend Erweiterung des Rats durch Entsendung der Führer der Gewerkschaften beim Arbeiterrat zu stellen. Auf aus der Mitte der Versammlung vorgebrachte Beschwerden über Verbot der polnischen Sprache usw. im Instandsetzungsamt des hiesigen Artilleriedepots wurde von der Versammlungsleitung die Erklärung abgegeben, daß hierüber Untersuchungen angestellt und die Schul-

ben zur Rechenschaft gezogen werden. Auf weitere Klagen betreffend die Nichterfüllung der achtstündigen Arbeitszeit in hiesigen Betrieben wurde entgegnet, daß die Arbeitgeber verpflichtet sind, diese erst vom 1. Januar ab einzuführen. Nach dem Schlußwort des Vorsitzers, der darum bat, den zurückkehrenden Fronttruppen, die als Sieger heimkehren, einen herzlichen Empfang zu bereiten, stellte der Referent des Abends das Ergebnis der Versammlung fest, womit diese um 9 Uhr ihr Ende erreichte.

Briefkasten.

(Bei sämtlichen Anfragen sind Name, Stand und Adresse des Fragestellers deutlich anzugeben. Anonyme Anfragen können nicht beantwortet werden.)

F., Thorn-Mocker. Der bekannte, zur Richtung der Unabhängigen gehörige Abgeordnete Adolf Hoffmann, der jetzt preußischer Kultusminister ist, hat den Beinamen „Zehngebote-Hoffmann" erhalten, weil er die extremen sozialdemokratischen Forderungen in zehn Punkten zusammenfaßte. Wegen der grammatikalischen Schnitzer in seinen Reden rief Hoffmann, der, wie viele andere sozialdemokratische Abgeordnete, nur Volksschulbildung gehabt, oft heitere Zwischenfälle im Parlament hervor; er pflegte aber auf gegnerische Zurufe zu erwidern, er habe es nicht nötig, sich zu schämen, daß das „Pantoffel-Gymnasium" ihm nicht mehr beigebracht habe.

Liebesgaben für unsere Truppen.

Es gingen weiter ein:

Sammelstelle bei Frau Kommerzienrat Dietrich, Breitestraße 35: Für heimkehrende Truppen: F. Kolinski 10 Mark, Oberpostassistent Röhring 5 Mark, Frau Brohm 3 Mark, M. S. Leiser 50 Mk., Frau Agnes Schulz (Gambrinushalle) 20 Mark, Frau Major Wilde 20 Mark, Geschwister Wilde 4 Mark, Emma Fagien und Hedwig Ucker 4 Mark, Fräulein Ilse Stein 5 Mark, C. W. 50 Mark, Stadtrat Kelch 20 Mark. — Zu Weihnachten: „Thorner Zeitung" (Erlaß für Annoncen) 107 Mk.

Theater und Musik.

Die bisherigen Hoftheater. Die ehemaligen Berliner Hoftheater erfahren durch den Umschwung der politischen Verhältnisse eingreifende Änderungen. Sowohl an die Spitze des Opernhauses als auch des Schauspielhauses wird ein Direktor gestellt werden. Zum Direktor des Opernhauses ist bereits Dr. Richard Strauß gewählt worden. Zum Direktor des Kgl. Schauspielhauses wird der bisherige Dramaturg Dr. Bruck bestimmt werden. Die beiden bisherigen Hoftheater präsentieren sich jetzt auf den Theaterzetteln als „Opernhaus unter den Linden" und „Schauspielhaus am Gendarmenmarkt". — Der Intendant des Hoftheaters in Wiesbaden, Dr. von Mutzenbecher, ist zurückgetreten. Die vorläufige Leitung hat Regisseur Legal. Das Hoftheater heißt jetzt Nassauisches Landestheater. — Das Münchener Hoftheater hat seinen Namen in Nationaltheater umgeändert.

Berliner Produktenbericht

vom 28. November.

Im hiesigen Verkehr mit Landesprodukten hält die Nachfrage für Gemüsesämereien unvermindert an. Auch Rüben aller Art sind gesucht, und es erfolgen auch Abschlüsse, die natürlich die Freigabe der Ware zur Voraussetzung haben. Seradella bleibt schwach. In Heu und Stroh sind die Zufuhren äußerst knapp. Was herankommt, steht dem freien Handel kaum zur Verfügung. Von Ersatzstoffen sind Torfstreu und Heidekraut begehrt, ferner sind Rapsstroh und Hülsenfruchtstroh zu industriellen Zwecken gesucht. Wetter: trübe.

Gewinn-Auszug

der

12. Preussisch-Süddeutschen (238. Königlich-Preuss.) Klassen-Lotterie

5. Klasse 16. Ziehungstag. 27. November 1918

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 30000 M 81227

8 Gewinne zu 5000 M 39086 66412 80547 207956

80 Gewinne zu 3000 M 2897 3753 16347 23960 25705 29355 34278 41283 52218 61550 62978 64219 67092 68439 70736 72689 78249 79317 80914 101976 106800 114677 118391 119012 136876 13088[illegible] 144740 151657 151885 155572 179198 184820 214596 219998 220247 221110 221865 222449 223340 231279

182 Gewinne zu 1000 M 5401 14930 15723 17045 19208 20958 22679 23044 35187 49063 51372 54451 55227 55414 56272 56839 58005 61374 63112 64904 68236 70326 70937 72154 72567 74085 74369 81038 81984 90523 93848 93931 94795 9682 95824 100095 100493 102481 107464 113045 114491 116175 117096 118341 120520 122070 124559 125338 129048 129980 131876 142265 145677 146455 148166 148505 151839 154520 165559 168720 169574 171050 171932 172822 176465 178105 181697 186068 208086 212052 215689 216045 218066 219117 220109 221605 224149 226574 227851 232119 232197

212 Gewinne zu 500 M 317 759 9054 9383 10448 10839 14445 14941 17552 19693 20218 21261 21695 24135 24322 29936 32555 34118 39970 42644 45154 51932 52701 55894 58468 56531 64364 64407 66514 70054 70234 73313 74291 74795 77841 78956 81420 83578 83794 85582 93502 94081 96750 97265 97566 99249 100123 100352 101565 103807 108334 114256 115017 118283 119368 120242 120326 121659 126021 123248 136489 133144 134210 135782 137135 138224 141816 141918 148147 150001 150740 152851 154452 155553 156097 158549 159798 163223 166020 172052 172501 175832 179248 181105 188008 189202 190151 191374 193508 199340 200189 201292 206025 208641 218554 219156 219177 219489 220185 221377 221952 224792 226346 229342 230798 231524

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.

4 Gewinne zu 30000 M 4398 87275

4 Gewinne zu 15000 M 72713 130297

4 Gewinne zu 10000 M 111925 158747

4 Gewinne zu 5000 M 32025 108021

62 Gewinne zu 3000 M 1992 7009 18666 20466 23349 29692 35834 36653 65890 69440 73772 85026 91097 93292 99313 110635 110918 122931 123700 150916 155597 167718 171906 176934 186610 202079 202205 204731 205764 206634 226458

164 Gewinne zu 1000 M 290 7150 7564 10104 10934 13413 14007 16549 17768 18318 19582 20382 21023 24192 26936 29318 31946 33097 33862 35404 35533 39210 41041 42360 59878 61243 67683 68041 68424 72344 78552 80874 84603 84975 86010 86652 97200 98152 109246 111772 114074 114886 119111 122597 129656 129936 131450 135248 136398 139211 142259 148347 150457 153756 155629 155764 156427 156438 156748 158021 162289 164997 166706 168362 171855 177064 179279 184277 188103 188538 207447 216688 216918 218498 222818 223062 224274 225620 226012 231548 233475

228 Gewinne zu 500 M 2476 3712 5318 7319 8880 9406 10630 13264 15775 18750 23512 26070 28214 29799 33380 34684 38274 38615 38795 33853 39112 39797 47325 48452 51914 53666 56371 59170 60126 62446 62995 63813 65053 72997 76562 77544 80329 81746 82019 82-54 82932 85154 86868 88842 89488 89769 91597 98298 98516 99095 99457 102871 103326 103528 104240 109916 112005 115034 117203 119385 119760 122918 124105 124520 134689 135394 139330 141043 141260 143064 147472 157428 158741 159674 159712 161024 165783 171724 172155 173710 173766 173993 175710 178239 180343 187562 189386 191551 193424 193662 194457 195693 196856 199106 199521 202757 202769 205000 205039 205744 207140 209700 212336 214494 216152 216696 219814 223263 224657 225271 226376 226411 230659 231801

Letzte Nachrichten.

Konferenz in Berlin über die Behandlung der Kriegsgefangenen.

Paris, 29. November. Die Untersuchungskommission zur Prüfung der Frage der völkerrechtswidrigen Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland tritt bereits am kommenden Sonntag in Berlin zusammen.

Die Friedenskonferenz.

Paris, 29. November. Die Blätter bestätigen, daß die Friedenskonferenz in Quai d'Orsay, nicht in Versailles stattfinden wird. Lloyd George wird gleichzeitig mit Wilson in Paris eintreffen. Die Konferenz dürfte drei Monate dauern und die Unterzeichnung des Friedensvertrages nicht vor April stattfinden.

König Georg von England in Paris.

Paris, 29. November. König Georg von England ist hier eingetroffen.

Wilsons Europa-Reise.

London, 29. November. Wie die Zeitungen aus Washington melden, reist Wilson am 3. Dezember nach Europa ab. Diese Meldung widerlegt die Nachricht, daß Wilson bereits in den englischen Gewässern eingetroffen sei.

Keine Internierung des Prinzen Leopold von Bayern und Generals Hoffmann.

Kowno, 29. November. Prinz Leopold von Bayern und General Hoffmann erfreuen sich der vollsten Freiheit. Sie haben sich vollkommen in den Dienst der großen deutschen Bewegung gestellt und arbeiten in Gemeinschaft mit den Soldatenräten an der schnellen, ungefährdeten Heimkehr des Ostheeres. Alle Meldungen von Internierung sind vollkommen aus der Luft gegriffen.

Der Große Soldatenrat Kowno.

Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie.

Berlin, 29. November. In der heutigen Vormittagsziehung der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie wurden folgende größeren Gewinne gezogen:

10 000 Mark auf Nr. 179 617;

5 000 Mark auf Nr. 23 433, 108 692;

3 000 Mark auf Nr. 28 860, 44 458, 44 761, 45 404, 49 519, 62 152, 66 435, 67 361, 70 039, 72 499, 91 395, 92 536, 97 777, 97 872, 114 272, 118 350, 121 715, 121 820, 123 217, 123 320, 124 606, 125 790, 132 504, 161 182, 161 579, 170 883, 172 333, 176 313, 177 269, 181 870, 182 255, 186 461, 195 949, 208 068, 210 211, 233 478.

(Ohne Gewähr.)

Berliner Börse

vom 29. November.

An der Börse überwog zu Anfang das Angebot. Einzelne Werte, wie badische Anilin und Elberfelder Farben, sowie Rheinmetall erlitten 4—6 prozentige Kurseinbüßungen. Im allgemeinen bekundete sich aber Widerstandsfähigkeit auf Deckungsbedürfnis, sowie in gewissen Fällen auf Stützungskäufen oder Banken und führte bald zu einer Erholung. Bemerkenswert war die Festigkeit des Schiffahrtsaktienmarktes, wo Hansa gegen gestern um mehr als 5 % und Hamburg Südamerikanische Dampfschiffahrtsaktien um 2 Prozent sich besserten. Auch sonst konnten sich einzelne Werte weit über den gestrigen Kursstand hinausheben, wie Bochumer, Bismarck-Hütte und Phönix. Daimler lagen schwach und ebenso gaben deutsche Kali nach der gestrigen schließlichen Abschwächung weiter nach. Auslandswerte verkehrten in fester Haltung. Von Anleihen zeigten österreichische und ungarische gute Haltung, während deutsche sich weiter abschwächten.

Wetteransage.

(Mitteilung des Wetterdienstes in Bromberg.)

Voraussichtliche Witterung für Sonnabend, 30. November: Wolkig, strichweise Schnee.

Notierung der Devisen-Kurse an der Berliner Börse.

Für telegraphische Auszahlungen	a. 28. Novemb. Geld	a. 28. Novemb. Brief	a. 26. Novemb. Geld	a. 26. Novemb. Brief
Holland (100 Gld.)	295,—	295,50	285,—	285,50
Dänemark (100 Kronen)	182,50	183,—	178,50	179,—
Schweden (100 Kronen)	201,25	201,75	195,25	195,75
Norwegen (100 Kronen)	186,75	187,25	180,75	181,25
Helsingfors (100 finn. Mk.)	75,25	75,75	74,25	74,75
Schweiz (100 Francs)	142,75	143,—	138,75	139,—
Oesterreich-Ungarn (100 Kr.)	54,20	54,30	54,70	54,80
Konstantinopel	—,—	—,—	—,—	—,—
Spanien (100 Pesetas)	136,—	137,—	136,—	137,—

Meteorologische Beobachtungen zu Thorn

vom 29. November, früh 7 Uhr.

Barometerstand: 766 mm.
Wasserstand der Weichsel: 0,54 Meter.
Lufttemperatur: + 0 Grad Celsius.
Wetter: trocken. Wind: Südwesten.

Vom 28. morgens bis 29. morgens höchste Temperatur + 1 Grad Celsius, niedrigste — 1 Grad Celsius.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag den 1. Dezember 1918. (1. Advent.)

Altstädtische evangel. Kirche. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst. Pfarrer Jacobi. Nachher Beichte und Abendmahlsfeier. Derselbe. Vorm. 11½ Uhr: Kindergottesdienst. Pfarrer Jacobi. Abends 6 Uhr: Gottesdienst. Pfarrer Lic. Freytag. Kollekte für das Diakonissen-Mutterhaus in Danzig. — Mittwoch den 4. Dezember 1918, nachm. 5 Uhr: Versammlung der Frauenhilfe in der Gewerbeschule.

Neustädtische evangel. Kirche. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst. Superintendent Waubke. (Darauf Beichte und Feier des heiligen Abendmahls.) Kollekte für das Diakonissen-Mutterhaus in Danzig.

Garnison-Kirche. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst. Festungsgarnisonpfarrer Erasmus. Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst. Derselbe. Amtswoche: Festungsgarnisonpfarrer Lic. Reichel. — Mittwoch den 4. Dezember 1918, abends 6 Uhr: Betstunde. Festungsgarnisonpfarrer Erasmus.

Evangel.-lutherische Kirche. (Bachestraße). Vorm. 9½ Uhr: Predigt-Gottesdienst mit Abendmahl. Beichte 9¼ Uhr. Pastor Wohlgemuth. Abends 5 Uhr: Adventsandacht.

Reformierte Kirche. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst. Pfarrer Arndt.

St. Georgenkirche. Vorm. 9½ Uhr: Gottesdienst. Pfarrer Jobst. Danach Beichte und Abendmahl. Vorm. 11½ Uhr: Kindergottesdienst. Derselbe. Nachmittags 5 Uhr: Gottesdienst. Pfarrer Heuer. Kollekte für das Diakonissen-Mutterhaus in Danzig.

Evangel. Kirchengemeinde Rudak-Stewken. Vormittags 9½ Uhr: Lesegottesdienst.

Evangel. Kirchengemeinde Gramtschen. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst in Gr. Rogau. Pfarrer Beckherrn.

Evangel. Kirchengemeinde Ottlotschin und Sachsenbrück. Vorm. 8½ Uhr: Predigt-Gottesdienst und Feier des heiligen Abendmahls in Ottlotschin. Vorm. 11 Uhr: Predigt-Gottesdienst und Feier des heiligen Abendmahls in Sachsenbrück. Pfarrer Schönjan.

Evangel. Kirchengemeinde Rentschkau. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst in Rentschkau. Nachm. 2 Uhr: Kindergottesdienst. Nachm. 3 Uhr: Versammlung der Jungfrauen im Pfarrhaus. Pfarrverwalter Dehmlow.

Evangel. Gemeinde Lulkau-Gostgau. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst in Gostgau. Nachher Kindergottesdienst. Nachm. 3 Uhr: Gottesdienst in Ottlotschau. Pfarrer Hiltmann.

Evangel. Kirchengemeinde Gr. Bösendorf. Vorm. 10 Uhr: Lesegottesdienst in Gr. Bösendorf.

Baptisten-Gemeinde Thorn, Heppnerstraße. Vorm. 9¾ Uhr: Gebetsstunde. Vormittags 10 Uhr: Gottesdienst. Prediger Hintze. Vorm. 11¼ Uhr: Sonntagsschule. Nachmittags 4 Uhr: Gottesdienst. Prediger Hintze. Nachm. 5½ Uhr: Jugendverein. — Mittwoch den 4. Dezember 1918, abends 7 Uhr: Bibel- und Gebetsstunde. Prediger Wesser.

Gemeinschaft innerhalb der Landeskirche. Evangelisationskapelle Culmer Vorstadt (am Bayerndenkmal). Früh 8½ Uhr: Gebetsstunde. Nachm. 2 Uhr: Kindergottesdienst. Nachm. 4½ Uhr: Evangelisationsversammlung. 6 Uhr: Jugendversammlung. — Mittwoch abends 7½ Uhr: Bibelstunde. — Freitag abends 7½ Uhr: Jugendbund.

Gemeinschaft für entschiedenes Christentum, Baderstr. 28, Hof-Eingang. Evangel.-Versamml. jeden Sonntag und Feiertag nachm. 4½ Uhr. Bibelstunden jeden Dienstag und Donnerstag, abends 8½ Uhr.

Thorner ev.-kirchl. Blaukreuzverein. Nachm. 3 Uhr: Versamml. in der Aula der Mädchen-Mittelschule, Gerechtestr. 4, Eingang Gerstenstr. Jedermann willkommen.

Christl. Verein junger Männer, Tuchmacherstr. 1. Nachm. 4 Uhr: Jugendabteilung. Abends 7 Uhr: Soldaten und junge Leute.

Abtrennen und aufbewahren!

Amtliche Bekanntmachungen der Stadt Thorn.

29. November 1918.

Bekanntmachung,

betr. Anmeldung der metallverarbeitenden Handwerksbetriebe bei der Handwerkskammer Graudenz für die Metallverteilung.

Alle metallverarbeitenden Handwerksbetriebe werden hiermit, falls sie mit Metall beliefert werden wollen, aufgefordert, sich umgehend bei der Handwerkskammer Graudenz zu melden. Innungsmitglieder können die Meldung bei der Innung abgeben, welche alsdann die Anmeldung an uns weiterzugeben hat.

Diese Anmeldungspflicht ist mit der seinerzeitigen Bedarfserhebung an Eisen nicht zu verwechseln.

Veröffentlicht:

Thorn den 28. November 1918.

Der Magistrat.

Butterausgabe.

Laut Verfügung der Provinzialfettstelle für Westpreußen in Danzig muß infolge geringer Zufuhr von Butter die bisher für 8 Tage ausgegebene Menge für den Zeitraum von 10 Tagen ausreichen.

Die am 26. November 1918 aufgerufene Marke Nr. 6 behält deshalb bis zum 5. Dezember 1918 ihre Giltigkeit.

Thorn den 26. November 1918.

Der Magistrat.
Stachowitz
Der Arbeiter- und Soldatenrat.
Urbanski. Raube.

Verlust von Lebensmittelkarten.

Hütet die Brotkarte und Lebensmittelkarte. Nehmt beim Ausgange nie mehr Marken mit, als verwandt werden sollen.

Verlust der Marken bedeutet Hungerleiden. Ersatz kann nicht gegeben werden.

Der Magistrat.

Der für Donnerstag den 5. Dezember 1918 angesetzte

Pferdemarkt

findet auf dem neben dem Viehhof gelegenen Holzplatz der Firma Kuntze & Kittler statt.

Die Polizei-Verwaltung.

Am Dienstag den 3. d. Mts., vormittags 10 Uhr, werden wir im Georgenhospital und Jakobshospital

Nachlaßsachen

versteigern lassen.

Thorn den 25. November 1918.

Die Hospitalverwaltung.

Nachruf.

Zur großen Armee abberufen wurde am 8. Oktober 1918 der

königl. pr. Generalleutnant z. D.

Max v. Wienskowski

zuletzt Kommandeur einer Inf.-Division, Ritter des Eisernen Kreuzes 1. Kl. und hoher Kriegsorden.

Mit ihm ist ein in Krieg und Frieden gleichbewährter Kamerad aus unseren Reihen geschieden. Von seinem Eintritt als Fähnrich an hat er dem Regiment vom 12. 4. 79 bis 14. 9. 93, u. a. als Regimentsadjutant angehört, und auch späterhin nach seinem Ausscheiden aus demselben noch lange Jahre unsere Regimentsnummer getragen. An dem Wohlergehen seines alten Truppenteils nahm er stets regsten Anteil.

Das Regiment wird diesem alten Kameraden, der uns allen in seiner strengen soldatischen Pflichtauffassung ein lebendiges Beispiel altpreußischen Geistes war, nicht vergessen und ihm auch fernerhin ein bleibendes Andenken bewahren.

Im Namen des Offizierkorps:
Lüdecke,
Oberst und Kommandeur des Inf.-Regiments von Borcke (4. pomm.) Nr. 21.

Nach Gottes unerforschlichem Rat ist am 4. November d. Js. mein hoffnungsvoller Sohn, unser lieber Bruder, Schwager, Onkel und Vetter, der

Unteroffizier im Fuß-Art.-Batl. Nr. 48,

Rudolf Neubauer

Ritter des Eisernen Kreuzes 2. Kl.,

im Alter von 21 Jahren und 10 Monaten in treuester Pflichterfüllung für König und Vaterland bei der Nahverteidigung seines Geschützes, dessen Führung er nach dem Verluste des Geschützführers mit kühnem Entschluß übernommen hatte, in den Heldentod gegangen.

Er folgte seinem vor zwei Jahren plötzlich verstorbenen Vater und seinen auf dem Felde der Ehre gebliebenen Brüdern **Otto** und **Paul** in die Ewigkeit.

Grabowitz den 27. November 1918.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Frau verw. **Ottilie Neubauer,** geb. **Piotrowski,**
Max Neubauer, Musketier,
Erich Neubauer, Kanonier,
Agnes Hinz, geb. **Neubauer,**
Else Neubauer,
Karl Neubauer,
Wilhelm Neubauer,
Gustav Hinz,
Else Neubauer, geb. **Kirste.**

Niemand hat größere Liebe denn die, daß er sein Leben lässet für seine Freunde. Joh. 15, 13.

Am Donnerstag den 28. d. Mts. entschlief im Diakonissenhaus Danzig nach langem, mit Geduld ertragenem Leiden, infolge einer schweren Krankheit, welche er sich beim Militär zugezogen hatte, unser einziggeliebter, hoffnungsvoller Sohn, der

Seminarist

Karl Schmechel

im Alter von 18 Jahren und 7 Monaten.

Dieses zeigen schmerzerfüllt an

Thorn den 29. November 1918

Otto Schmechel, Lokomotivführer, nebst Frau Amalie, geb. Lange.

Nachruf.

Am 26. d. Mts. verschied sanft nach kurzem, schwerem Leiden, das er sich im Felde zugezogen hatte, unser Kriegskamerad, der

Lehrseminarist

Adonis Weydert.

Wir verlieren in ihm einen lieben Kollegen, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.

Thorn den 28. November 1918.

Die Seminaristen der ev. Lehrerbildungsanstalt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer lieben Tante und Schwägerin Frau **Clara May,** ganz besonders Herrn Pfarrer Lic. **Freytag** für die trostreichen Worte am Grabe unseren herzlichsten Dank.

Im Namen der Hinterbliebenen:
Margarete Schelder, geb. **Sippli.**

Kameraden!

$4^1/_2$ Jahre haben die früheren Machthaber in verbrecherischer Weise für imperialistische und kapitalistische Zwecke unser Blut auf den Schlachtfeldern der ganzen Welt fließen lassen. Mit Begeisterung zogen wir in hellen Scharen hinaus, weil wir annahmen, daß es galt Haus und Herd zu schützen. Wir waren die Sieger! In schändlicher Weise nutzten sie unsere Taten für ihren Weltimperialismus aus. Zu spät gingen uns leider die Augen auf! Jetzt hat ihr freventlicher Hochmut, der vom warmen sicheren Zimmer aus die ganze Welt mit unseren Knochen erobern wollte, es dahin gebracht, daß uns die Früchte der Siege entrissen wurden. Ihr kehrt in Ehren zurück! Denn gegen eine Welt von Feinden habt Ihr standgehalten, obsiegen konntet Ihr nicht.

Durch das unsägliche Elend, in das wir durch diese selbstherrliche Macht hineingestoßen worden sind, ist das deutsche Volk zur Besinnung gekommen. Throne und Thrönchen krachten und fielen. Das Volk stand auf und jagte die Peiniger von dannen. Eine freie deutsche Volksrepublik ist im Entstehen begriffen, in der alle Volksteile in Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit untereinander leben sollen.

Seid uns willkommen Kameraden! Helft mit am Aufbau unseres Staates. Ein jeder an seiner Stelle und nach seinen Kräften. Genau wie Ihr draußen dem Feinde entgegengetreten seid, so tretet auch hier in der Heimat allen Elementen entgegen, die dem Volke die Errungenschaften der Revolution entreißen wollen.

Geduldig habt Ihr draußen $4^1/_2$ Jahre auf den Tag der Heimkehr gewartet. Verliert diese Geduld jetzt in den wenigen Tagen, die noch notwendig sind um Eure Entlassung durchzuführen, nicht.

Kameraden, die Waffen nieder und gehorcht nur Euern, von Euch selbst gewählten Führern, die Euer Vertrauen genießen.

Der Arbeiter- und Soldatenrat Thorn begrüßt Euch nochmals herzlichst und wünscht einem jeden baldige gesunde Heimkehr zu seiner Familie.

Denkt an das, was geschafft wurde, und an das, was noch geschafft werden muß, wozu wir Eure Hilfe erbitten und stimmt mit uns in den Ruf ein:

Hoch die freie deutsche Volksrepublik!

Der Arbeiter- und Soldatenrat Thorn.

Unsere bisherige Firma

Vorschuß-Verein zu Thorn
e. G. m. u. H.

ist in

Thorner Vereinsbank
e. G. m. b. H.

abgeändert.

Der Vorstand:
Reitz. Anbuhl. Sahm.

Sprach- und Nachhilfestunden werden erteilt in Deutsch, Franz., Englisch, Latein, Griechisch, Mathematik, Stenographie.
Angebote unter **F. 3956** an die Geschäftsstelle der „Presse".

Student erteilt wissenschaftliche

Privatstunden.

Zu erfr. unter **G. 3982** an die Geschäftsstelle der „Presse".

Gründlicher

polnisch. Unterricht

wird gewünscht.
Angebote unter **O. 3989** an die Geschäftsstelle der „Presse".

Kriegsbeschädigter erteilt gründlich

polnisch. Unterricht.

Angebote unter **N. 3988** an die Geschäftsstelle der „Presse".

Englisch!

Wer erteilt jungem, einfachem Feldgrauen Unterricht.
Gefl. Zuschriften, möglichst mit Angabe des Honorars, unter **M. 3987** an die Geschäftsstelle der „Presse" erbeten.

Wer erteilt einem Herrn erstkl. Stunden in **Französisch und Rumänisch**? Hauptsache Konversation. Angebote mit Preisangabe unter **F. 3981** an die Gesch. der „Presse".

Wer erteilt gründl. Unterricht in franz., engl. u. deutschem kaufmännischem Briefverkehr?
Angebote unter **H. 3983** an die Geschäftsstelle der „Presse".

Wer erteilt junger Dame

gründl. pol. Unterricht?

Angebote unter **T. 3969** an die Geschäftsstelle der „Presse".

Für die vielen

Glückwünsche

zur silbernen Hochzeit sagen wir allen Freunden und Bekannten herzlichsten Dank.

Familie **Behlau.**

Fahnen
und
Girlanden

zur Ausschmückung für die zurückkehrenden Krieger empfiehlt

Justus Wallis,
Papierhandlg., Breitestr. 34

Aus dem Felde zurückgekehrt, nehme ich für die dienstfreie Zeit

meine Privatpraxis wieder auf.

Dr. Janzen,
Stabsveterinär d. R. Kreistierarzt-Ass., Piask Nr. 8 b Thorn.
Telephonnummer 8 9.

Nach Reutschkau zurückgekehrt Tierarzt Fiebach.

G. Steinkamp,

Baugewerksmeister, gerichtlich vereid. Sachverständiger, Berater für Ingenieur-, Hoch- und Tiefbau-Arbeiten. Anfertigung von Gutachten und Taxen für sämtl. Versicherungsgesellschaften. Gegenüber dem Gasthaus „Goldener Löwe", Mocker.

Rote Kreuz-Lose

(Ziehung Anfang Dezember)
noch zu haben.

Gust. Ad. Schlee Nachf.
Elisabethstraße 22.

Glüh-, Rum- und Arrak-Punsch,

ganz vorzügl. Ware. 1/1 Liter-Flasche 4.50 Mk., Kognak, Weinbrand, und Rum, vorzügl. Weine u. Sekte sehr preiswert, empfiehlt

C. Frisch. Altstädt. Markt 14, neben der Post. Teleph. 525.

Eröffnung unserer Spielwaren-Ausstellung

Sonnabend den 30. November.

Warenhaus
Georg Guttfeld & Co.

Kraft-Bindfaden,
Versand-Schachteln
hat noch preiswert abzugeben
W. Groblewski, Thorn,
Seglerstr. 9 Postfach 75, Tel. 346,
Eingang Araberstr. 7.

Frisches Fleisch.

Roßschlächterei **W. Zenker.**
Thorn, Culmer Chaussee 28,
Telephon 465.

Wer erteilt Unterricht in einfach. u. doppelter Buchführung?
Angebote unter **J. 3984** an die Geschäftsstelle der „Presse".

Friseuse

sucht noch Kunden außer d. Hause.
Frau **Schubert,** Thorn-Mocker,
Lindenstraße 15, 1. Etage.

Ein Landvermesser

gesucht. **A. Rapp,** Gastwirt,
Pensau Kreis Thorn.

Ein Klavierspieler und ein junger Mann für ODEON

sofort verlangt.

Klavier

zu mieten gesucht. Für schonende Behandlung garantiert.
Angebote unter **C. 3978** an die Geschäftsstelle der „Presse".

Chemietechnikerin,

1/2 Jahr Chemieschule besucht, sucht Anfangsstellung vom 1. Januar 19 oder später. Angebote mit Gehaltsangabe unter **E. 3930** an die Geschäftsstelle der „Presse".

Kontoristin,

mehrere Jahre tätig gewesen, mit guten Zeugnissen sucht Stellung zum 1. Januar 1919 oder früher. Selbige würde auch Filiale übernehmen. Angebote unter **Q. 3991** an die Geschäftsstelle der „Presse".

Buchhalterin

sucht von sofort Stellung, auch als Schreibhilfe.
Angebote unter **Z. 3950** an die Geschäftsstelle der „Presse".

Frau ein sucht Stelle als

Verkäuferin

im Kolonialwarengeschäft oder Bäckerei, evtl. Filiale zu übernehm.
Angebote unter **L. 3986** an die Geschäftsstelle der „Presse".

Die

gemeinsame Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates

findet am

30. November, abends 6 Uhr,

im großen Saale des Artushofs statt.

Vollzugsausschuß des Arbeiter- u. Soldatenrats.
Raube. Makowski. Urbanski.

Um auch den Angestellten die Möglichkeit zu geben, der Gründungsversammlung der

Deutschen demokratischen Partei

beizuwohnen, richten wir an die Herren Geschäftsinhaber die Bitte,

am Sonntag den 1. Dezember 1918

die Geschäfte

von 11 bis 1 Uhr geschlossen

zu halten.

Verein Thorner Kaufleute.
Verband deutscher Textil-Geschäfte.

Voranzeige!

Preußischer Hof,

Culmer Chaussee 53.

Sonntag 1. Dezember 1918:

Das neue

Riesen-Weltstadt-Programm

u. a. besonders hervorzuheben

Webbs-Compagnie,
Wilmona u. Partner,
Anny Alberty,

sowie die and. Attraktionen.

Anfang $4^1/_2$ Uhr.

Die Direktion.

Ringkampf-Konkurrenz

Viktoria-Park!

Beginnt nicht am Sonnabend, sondern einige Tage später, da einige Ringer z. Zt. nicht kommen können. Wann, wird bekannt gegeben.

Unter anderem ist die Zusage des Weltmeisters **Paul Bahn** heute angemeldet.

---

1 Krankenwärter

sucht

neues Diakonissenkrankenhaus, Thorn-Mocker.

Militärperson

oder weibliche Aufwartung von ehemaligem Offizier täglich für 1—2 Stunden gegen hohe Vergütung gesucht. Meldung morgen vormittags von 9—12 Uhr.

Bismarckstraße 1, 2.

Hausschneiderin gesucht.

Angebote unter **P. 3990** an die Geschäftsstelle der „Presse".

---

22 000 Mark,

auch geteilt, sind von sofort oder später auf sichere ländliche Hypothek zu vergeben. Gefl. Angebote unter **K. 3985** an die Geschäftsstelle der „Presse".

Wer bar Geld braucht

schreibe direkt an **R. Liedtke,** Danzig, Paradiesgasse 8—9.

Geld gegen monatliche Rückzahlung verleiht

J. Maus, Hamburg 5.

Junger Mann,

24 Jahre alt, Molkereigehilfe, wünscht die Bekanntschaft einer jungen, vermögenden Dame zwecks späterer Heirat, da im Begriff ein Geschäft zu eröffnen. Zuschriften mit Bild unter **R. 3992** an die Geschäftsstelle der „Presse".

Warnung!

Gegen die von der Witwe **Emma Behrend** aus Schirpitz ausgesprochene Beleidigung erstatte ich Strafanzeige und warne hiermit jeden, dieses unwahre Gerücht weiter zu verbreiten, da ich gegen jeden gerichtlich vorgehen werde.

Besitzerfrau Marta Lange,
Ober-Nessau.

Stadt-Theater

Sonnabend, 30. Nov., $7^1/_2$ Uhr: Ermäß. Preise! Zum letzten male:
Die Rabensteinerin.

Sonntag den 1. Dezember, nachm. 3 Uhr: Ermäß. Preise!
Hasemann's Töchter.

Abends $7^1/_2$ Uhr: Neu einstudiert!
Die Czardasfürstin.

Dienstag, 3. Dezemb., $7^1/_2$ Uhr:
Der Lebensschüler.

Kaffee Kaiserkrone.

Täglich Unterhaltungsmusik.

Anfang 4 Uhr,
Sonntags Anfang 3 Uhr.

Diejenige Person,

die mir am Montag Abend im „Bürgergarten" den Pelzkragen entwendet hat, ist erkannt worden und wird hiermit ersucht, denselben sofort in der Geschäftsstelle der „Presse" abzugeben, widrigenfalls Anzeige erstattet wird.

---

150 Mark Finderlohn!

Von Breitestraße bis Artushof verloren:

Lederne schwarze Handtasche.

Inhalt: Portemonnaie mit ca. 20 Mark und Verwendungsbuch als Krankenschwester von Schwester **Hanni Steinbart.** Dem Finder wird Finderlohn von 150 Mark zugesichert. Rückgabe an Schwester **Hanni Steinbart,** Preußisch Lanke bei Hofleben.

Trauring verloren,

gezeichnet K. H. 1907. Wiederbringer erhält 50 Mark.

Joachim Krüger,
Alt-Thorn.

Ein ausgewachsener, junger,

weißer Hühnerhund,

auf den Namen „Dina" hörend, abhanden gekommen. Telephonische Mitteilung erbeten nach **Forsthaus Rudak.**

---

1 Hund zugelaufen.

Gegen Rückerstattung der Unkosten abzuholen. Tenfel & Co., Dampfsägewerk, Brombergerstr. 38.

Ein brauner Dackel

zugelaufen. Abzuholen
Parkstr. 25, 1.

Täglicher Kalender.

1918	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonnabend
Novemb.	—	—	—	—	—	—	30
Dezember	1	2	3	4	5	6	7
	8	9	10	11	12	13	14
	15	16	17	18	19	20	21
	22	23	24	25	26	27	28
1919	29	30	31	—	—	—	—
Januar	—	—	—	1	2	3	4
	5	6	7	8	9	10	11
	12	13	14	15	16	17	18
	19	20	21	22	23	24	25
	26	27	28	29	30	31	—
Februar	—	—	—	—	—	—	1

Hierzu zweites Blatt.

Die Presse.

(Zweites Blatt.)

Die Verstaatlichung.

Der preußische Finanzminister **Simon** besprach mit dem Schriftleiter des volkswirtschaftlichen Teiles der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" das Problem der Vergesellschaftung. Er erklärte u. a.: Schon die Tatsache, daß die Regierung eine besondere Kommission wählte, in der hervorragende deutsche Volkswirte, und zwar sowohl Männer des praktischen Wirtschaftslebens, als auch der Wissenschaft, sitzen, beweist deutlich, daß Experimente, wie sie in Rußland vorgenommen wurden, vermieden werden sollen, und daß insbesondere gefährliche Überstürzungen verhindert werden. Als oberste Forderung sehe ich die ununterbrochene Fortführung der Produktion an. Es wird besonderer Wert darauf zu legen sein, daß durch die Vergesellschaftung keine Unterbrechung der bisherigen Tätigkeit eintritt; denn wir haben alle das gleiche Interesse an der bisherigen Höchstleistung. Wir müssen nicht nur eine einheitlich organisierte Produktion einführen, sondern zugleich ein gut durchdachtes System, das bei kleinstem Aufwand die höchsten Erträge gibt. Anstelle der Verschwendung, die bisher getrieben wurde, muß rationelle Ausnutzung aller Möglichkeiten treten. Das Tempo wird so sehr beschleunigt, wie nur möglich; denn Arbeiter und Unternehmer haben das gleiche Interesse, daß Klarheit darüber geschaffen werden kann, in welcher Weise die Produktion organisiert werden soll. Meine persönliche Ansicht geht dahin, daß man nur die Betriebe vergesellschaftet, die dazu reif sind. Man sprach mit Recht von der Verstaatlichung der Waffenindustrie; man erwähnte auch die Sozialisierung der Elektrizitätsindustrie. So wird man insbesodere daran denken, die Stromgewinnung für den Staat nutzbar zu machen. Alle Monopolprodukte, wie Kohle, Kali usw. gehören unter allen Umständen der Allgemeinheit. Ich denke in erster Reihe an eine großzügige Reform der Bodenverteilung, ferner z. B. an rationellere Ausnutzung der Zementindustrie, Ziegeleien und dergleichen, wovon der gesamte Baumarkt den größten Nutzen haben wird. Auch kann man erwägen, gewisse Formen des Großhandels der Allgemeinheit nutzbar zu machen, sei es in Form von Handelsmonopolen oder von besonderen Staats- und Verteilungsstellen. Am leichtesten wird die Sozialisierung dort vor sich gehen, wo es sich um den Ersatz des Privatmonopols handelt, wie z. B. in der chemischen Industrie und dergleichen. Inbetracht kommen nur solche Betriebe, bei denen in sicherer Aussicht steht, daß ein Gewinn erzielt wird. Die großen Gehälter für leitende Persönlichkeiten werden sich ohne Gefahr für die Leistungsfähigkeit der Betriebe senken lassen zugunsten einer besseren Entlöhnung der Arbeiter und Angestellten. Wir denken garnicht an Gewaltmaßregeln, inbetracht kommt nur die Enteignung, keine Konfiskation. Ich denke mir die Entwickelung so, daß bei jedem Unternehmen eine Entschädigung von Fall zu Fall festgesetzt wird. Dann würde ich vorschlagen, daß man eine besondere Anleihe, die Nationalisierungsanleihe, schafft, deren ausschließlicher Zweck es ist, dem Staate die Mittel zu geben, die er zur Durchführung des Vergesellschaftungsprogramms braucht. Die Forderung der Spartakusgruppe auf Annullierung der Kriegsanleihen über 5000 Mark bezeichnete Simon in dieser Fassung für ganz undiskutabel. Denn welche Gerechtigkeit liegt darin, wenn man einem Mann, der sein mühsam erspartes Geld im Betrage von 20 000 Mark in Kriegsanleihe angelegt hat, 15 000 Mark fortnimmt, während man dem Kriegsgewinnler, der 50 000 Mark in Aktien einer Industriegesellschaft anlegte, sein Geld läßt? Die Bestände der Sparkassen, Krankenkassen, Invalidenversicherung usw. würden dadurch aufhören zu existieren, was für die Arbeiterschaft einen ungeheuren Verlust bedeuten würde. Wenn das Reich Geld braucht, so muß es sich das im Wege der Besteuerung beschaffen, nicht im Wege der Annullierung der Anleihen. Die Besteuerung wird so sein, daß sie dem Gerechtigkeitsprinzip entspricht, und wird den notwendigen sozialen Ausgleich bringen. Da ich im Interesse der breiten Massen es unbedingt notwendig halte, die indirekten Steuern vollkommen abzubauen, so denke ich an die Notwendigkeit durchgreifender Einkommens- und Vermögenssteuern. Ferner muß das Erbrecht in weitestem Maße reduziert werden, sodaß auf diese Weise schon automatisch die großen Kapitalien beseitigt werden.

Politische Tagesschau.

Aufruf Hindenburgs an das Feldheer.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat folgenden Aufruf an das Feldheer gerichtet: „Soldaten, die ihr mehr als vier Jahre lang treu in Feindesland ausgehalten habt, denkt daran, wie unendlich wichtig es für Heer und Heimat ist, daß sich **Rückführung der Armeen und Entlassung ihrer Verbände in voller Ruhe und Ordnung** vollziehen. Nur wenn jeder einzelne von Euch treu auf seinem Posten bleibt, bis die Stunde der Entlassung aus den Reihen des Heeres für ihn gekommen ist, wird es gelingen, die mannigfachen Reibungen zu überwinden, welche die Rückführung solch gewaltiger Heeresmassen mit sich bringt. Die Ihr so oft in Zeiten des Kampfes selbstlos Euer eigenes Ich dem Wohle des Ganzen untergeordnet habt, vergeßt auch jetzt nicht, daß die Heimat in letzter Stunde von Euch Opfer fordert. Sie sind gering gegenüber all dem, was Ihr in den vier langen Jahren des Krieges geleistet habt. Alles außer den Jahrgängen 1896 bis 1899, die zunächst bei den Fahnen bleiben, soll so schnell als möglich entlassen werden. Laßt Euch nicht verführen, vorzeitig und eigenmächtig Euren Truppenteil zu verlassen. Vergegenwärtigt Euch stets, zu welchen Schwierigkeiten bei Unterbringung und Verpflegung sowie im Abtransport es kommen muß, wenn jeder einzelne von Euch regellos nach Hause strebt. Ordnung und Zusammenhalten ist jetzt wichtiger denn je! Nur so wird glatte Zurückführung des Feldheeres nach den östlich des Rheins zunächst vorgeschobenen Unterbringungsräumen möglich sein. Von dort ist Leitung der Verbände mit Eisenbahn oder durch Fußmarsch zu den Ersatztruppenteilen vorgesehen. Mit Rücksicht auf die große Anhäufung von Truppen und die beschränkten Transportmöglichkeiten kann dies nur allmählich erfolgen. Längere oder kürzere Wartezeiten bei oft beschränkter Unterkunft werden sich für manche Formationen nicht vermeiden lassen. Auch hier habt Geduld und Vertrauen; es wird jeder von Euch so frühzeitig zu seinem Ersatztruppenteil befördert werden, als die Umstände es gestatten. Keiner von Euch wird vergessen! Seid versichert, daß die Oberste Heeresleitung in Verbindung mit den Heimatsstellen alles aufbietet, um Euch so bald als möglich Eueren Angehörigen zuzuführen. Doch eins tut not hierbei: Ruhe und Ordnung! gez. von Hindenburg."

Die deutsch-nationale Volkspartei und die Konservativen.

Der geschäftsführende Ausschuß der **deutschkonservativen Partei** nimmt zu der von rechtsstehenden Kreisen ausgehenden Gründung der deutsch-nationalen Volkspartei mit folgender Erklärung Stellung: „Über die schweren Lasten des Tages hinaus muß für die Zukunft vorgesorgt werden. Seit längerer Zeit hatte die **konservative Parteileitung** im Einvernehmen mit den Fraktionen des Reichstages, Herrenhauses und Abgeordnetenhauses die Pflicht der konservativen Partei erkannt, sich mit neuem Geiste zu erfüllen, um den Aufgaben der neuen Zeit gerecht zu werden, die durch den Krieg und die mit ihm verbundene Wandlung unserer politischen Verhältnisse entstanden sind. Als der engere Vorstand der deutsch-konservativen Partei am 7. November d. Js. eine Neubearbeitung des Parteiprogramms in Aussicht stellte, war zu diesem Zweck bereits wertvolle Vorarbeit in den Fraktionen geleistet worden. Dabei hatte man Bedacht genommen, daß das Programm den **Zutritt verwandter Richtungen** erleichtern und **weitere Volkskreise** als bisher umfassen sollte. Auch in den neuentstandenen Verhältnissen müssen diejenigen Aufgaben gelöst werden, zu deren Erfüllung in jedem geordneten Staatswesen eine **starke Rechte** unentbehrlich ist. Revolution und Waffenstillstand haben die Fortsetzung dieser Arbeit auf dem satzungsmäßigen Wege vorerst wesentlich erschwert. Die Zukunft aller äußeren und inneren politischen Verhältnisse des deutschen Reiches ist zurzeit derartig unsicher, daß ein endgiltiges Parteiprogramm kaum festgesetzt werden kann. Andererseits sind sofortige Maßnahmen zu Klärung der Parteiverhältnisse unerläßlich geworden, zumal, da die Wahlen zur Nationalversammlung, in der über Deutschlands Zukunft entschieden werden soll, möglicherweise sehr nahe bevorstehen. Diesen Bestrebungen der Partei kommt der Aufruf entgegen, in dem Männer und Frauen verschiedener Parteirichtungen und Berufsstände den Zusammenschluß zu einer **deutschen nationalen Volkspartei** auf der Grundlage vorläufiger, als Anhaltspunkte gegebener Richtlinien vorschlagen. Wir haben sofort die nötigen Schritte eingeleitet, um, soweit es die Verhältnisse gestatten, die Beschlüsse der geordneten Parteivertretungen über die Stellungnahme der konservativen Partei zu diesem Vorschlag herbeizuführen und unseren Freunden im Lande die Gelegenheit zur Mitarbeit dabei zu eröffnen."

Nach der neuesten politischen Lage

ist, wie die „Germania" schreibt, damit zu rechnen, daß die **Nationalversammlung** schneller einberufen wird, als man bisher gedacht hat. Die Ereignisse sind in Begriff, über den Widerstand der Unabhängigen hinwegzuschreiten. Wenn die Reichsregierung sich nicht bald dazu entschließt, den Wahltermin festzusetzen, werden, darauf deuten alle Anzeichen hin, unsere Feinde die Einberufung dem Deutschen Reiche einfach diktieren. — In der „Post" heißt es: Der Reichsleitung ist aus der Reichskonferenz zweifelsohne eine weitere starke Stütze erwachsen, da man von der Errichtung eines Reichspräsidiums abgesehen und die Führung der Reichsgeschäfte bis zur Nationalversammlung weiter in die Hände der jetzigen Regierung gelegt hat. Man wird hoffen dürfen, daß die Reichsleitung diesen Zuwachs an Kraft auch durch entschlossene und tatkräftige Führung der Reichsgeschäfte in die Tat umsetzen wird.

Pressefreiheit.

Durch W. T.-B. wird folgende Mitteilung verbreitet: Der Rat der Volksbeauftragten hat sofort bei Übernahme der Regierung vollkommene Pressefreiheit verkündet. Es ist deshalb unzulässig, daß von A.- und S.-Räten oder irgend welchen anderen Stellen in die Pressefreiheit eingegriffen wird.

Wahlbündnis zwischen dem Deutschen Bauernbund und der demokratischen Partei.

Der Ausschuß des Deutschen Bauernbundes hat am Donnerstag einmütig den Abschluß eines Wahlbündnisses mit der Deutschen demokratischen Partei beschlossen, da nun eine bürgerliche Partei, die entschieden demokratisch sei, bei der heutigen Volksströmung Aussicht habe, soviel Stimmen auf sich zu vereinigen, daß sie von ausschlaggebender Bedeutung im Parlamente wird.

Der Verband der deutschen Juden,

der deutsch-israelitische Gemeindebund, der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens veröffentlichen folgende **Erklärung**: „Die unterzeichneten Verbände, welche die überwiegende Mehrheit der Deutschen jüdischen Glaubens in sich vereinigen, erklären im Gegensatz zu dem Standpunkt der einen Bruchteil unserer Glaubensgenossen vertretenden Zionisten, daß wir uns als unablöslichen Bestandteil des deutschen Volkes fühlen, daß wir eine Glaubensgemeinschaft, nicht aber ein jüdisches Volk, in Deutschland sind und jeder nationalen Absonderung widerstreben".

Bevorstehendes Eintreffen der Engländer in Kiel.

Wie W. T.-B. von zuständiger Stelle hört, beabsichtigt der englische Vizeadmiral Browning, der Präsident der Marinekommission der Verbündeten, an einem der nächsten Tage auf dem Linienschiff „Herkules", begleitet von vier Zerstörern und einem Hilfsschiff, sich nach Kiel zu begeben und den Weg durch den Nordostseekanal zu nehmen. Der genaue Termin des Eintreffens in Kiel steht noch nicht fest.

Englische Kontrolle.

Die Kommandantur und der Soldatenrat von Swinemünde erlassen einen Aufruf an die Bevölkerung, in dem es unter anderem heißt: „Es muß darauf hingewiesen werden, daß es nicht ausgeschlossen erscheint, daß englische Seestreitkräfte vor wichtigen Stützpunkten an der deutschen Küste erscheinen und eventuell auch **Besatzungsmannschaften** in denselben landen werden, um unsere **Demobilmachung zu kontrollieren. Swinemünde als Hafenplatz für Berlin** kommt unter Umständen hierfür infrage. Die Bevölkerung Swinemündes muß sich bewußt sein, daß sie allen Reibungen mit fremden Truppen aus dem Wege zu gehen hat. Wenn die Swinemünder sich besonnen benehmen, so liegt in diesem fremden Besuch jedenfalls kein Grund zur Beunruhigung."

Abflauen des Ausstandes in Oberschlesien.

Wie aus **Beuthen** gemeldet wird, befanden sich am Donnerstag bei Frühschicht von 65 oberschlesischen Gruben 20 im Ausstande. Gegen Mittwoch sind vier neue hinzugekommen, während bei vieren der Ausstand beigelegt ist. Es streikten im ganzen ungefähr 7500 Mann gegen 11 000 am Mittwoch. Es ist ein leichtes Abflauen festzustellen.

Keine größeren Streiks in Berlin.

Die „Vossische Zeitung" stellt fest, daß eine aus Frankfurt a. M. stammende Meldung, wonach am Mittwoch in Berlin insgesamt 150 000 Arbeiter streiken sollten, durchaus unzutreffend ist. In allen Groß-Betrieben wurde gearbeitet und nur ganz vereinzelt wurde gestreikt.

Die Unmöglichkeit der Ablieferung der Bahnwagen.

Reuter erfährt, daß Solf erklärt habe, daß die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen hinsichtlich der Ablieferung der Lokomotiven, Eisenbahnwagen usw. sich immer schwieriger gestalte infolge des schlechten Zustandes des rollenden Materials. Es wird der Wunsch ausgesprochen, daß die Frist für die Auslieferung zum 1. Februar verlängert werde.

Die italienische Kammer

nahm nach der Agenzia Stefani mit 325 gegen 33 Stimmen die vom Ministerpräsidenten Orlando gebilligte Tagesordnung Barzini an, in welcher es heißt: Die Kammer ist mit dem Werk der Regierungen und ihren Erklärungen einverstanden, wonach unsere Wünsche erfüllt sind und die Einheit des Vaterlandes vollendet ist.

Die Lebensmittelversorgung Deutschlands.

Wie „Nieuwe Rotterdamsche Courant" aus Paris meldet, wünscht Hoover, der in Paris angekommen ist, sich nicht persönlich nach Deutschland zu begeben, um den dortigen Bedarf an Lebensmitteln zu untersuchen, sondern schlägt dafür eine Kommission der Verbündeten mit dem Sitze in Brüssel vor.

Baldiger Zusammentritt der Friedenskonferenz.

Wie aus London gemeldet wird, kann die Friedenskonferenz eher zusammentreten, als angenommen wurde, da viele Vorbereitungen beendet sind. Die englischen Friedensdelegierten und ihre Stäbe werden zwischen 450 und 500 Mann stark sein. Die Unterkünfte für sie werden binnen 14 Tagen vorbereitet sein. U. a. werden sich Lloyd George und Clemenceau während Clemenceaus Besuch in London über den Termin des Zusammentritts der Friedenskonferenz besprechen.

Clemenceau wird nach einem Pariser Funkspruch nächsten Sonntag in London zu einer Konferenz mit der englischen Regierung eintreffen, um die Fragen der Friedenskonferenz und die Maßnahmen der Verbündeten gegenüber dem früheren Kaiser zu erörtern.

Prinz Leopold von Bayern und General Hoffmann interniert?

Wie die „Badische Presse" aus zuverlässiger Quelle erfährt, ist der aus den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk bekannte General Hoffmann in der Festung **Kowno** in Litauen vorläufig interniert. Auch Prinz Leopold von Bayern, der noch zu Anfang November in Kiew weilte, ist in einem Orte unweit Kowno interniert.

Baumwollausfuhr.

Aus Washington wird berichtet, daß die Beschränkungen für die **Ausfuhr von Baumwolle** mit Ausnahme von Transporten nach Deutschland und den nordeuropäischen Neutralen aufgehoben worden sind. Man erwartet, daß die Verschiffung von Baumwolle auch nach **Deutschland freigegeben** wird, sobald Deutschland die Waffenstillstandsbedingungen erfüllt hat.

Das Vermögen Kaiser Wilhelms.

Wilhelm II. hat durch Beschluß der revolutionären Regierung das Kronfideikommißvermögen verloren, dagegen alles in seinem und seiner Familie Sonder-Eigentum stehende Vermögen behalten.

Es wird nicht leicht sein, die beiden großen Vermögensgebiete reinlich zu scheiden. Das preußische Finanzministerium, dem künftig — anstelle des Hausministeriums — die Verwaltung des Kronfideikommißfonds obliegt, wird manche staatsrechtliche Nuß zu knacken und manchen Zivilprozeß auszufechten haben. Im allgemeinen kann grundlegend festgestellt werden, daß von den 90 Herrschaften, Rittergütern, Pachtgütern und Waldherrschaften der ehemaligen preußischen Krone nur 7 wirkliche Krongüter sind, also zum Kronfideikommißvermögen gehören. **83 bleiben Sondereigentum des Exkaisers!**

Von diesen 83 Gütern sind die meisten mit den bekannten kaiserlichen Schlössern verbunden. Das Königsschloß in Berlin, zu dem ein Gut nicht gehört, ist ein Krongut; dagegen sind die beiden anderen Schlösser, nämlich das Schloß Bellevue und das Schloß Monbijou, Privateigentum des Kaisers. In Potsdam sind 13 Paläste Privateigentum des Kaisers mit dem ganzen dazu gehörigen Grundbesitz. Hannover hat ein Residenzschloß, das aber nicht Privateigentum des Kaisers ist. Ebensowenig wie das Stadtschloß in Stettin und das Stadtschloß in Kassel. Dagegen sind die Schlösser Wilhelmshöhe und die Löwenburg wohl dem Kaiser persönlich gehörig. Er hat ferner Privateigentum noch in Breslau (das Schloß am Exerzierplatz), in Charlottenburg, in Wiesbaden, Freienwalde a. O., in Königsberg, in Celle, in Straßburg i. Els., in Königswusterhausen, in Osnabrück, in Trouville, in Rominten, in Schönhausen bei Berlin, in Schwedt a. O., in Homburg v. d. H., Oliva, Koblenz; ferner gehören ihm noch mehrere Jagdschlösser, das Jagdschloß Hubertusstock, das Jagdschloß Göhrde, das Jagdschloß Rominten, das Jagdschloß Springe, das Jagdschloß Metzlingen und Georgsgarten. Ebenso ist das Schloß Benrath Privateigentum des Kaisers, auch Cadinen und das Schloß zu Brühl.

Das heutige **bare Vermögen** des Kaisers wird auf 20 Millionen Mark geschätzt, der Zinsenertrag daraus auf 900 000 Mark, da das Geld bei mehreren Banken zu 4½ Prozent angelegt sein soll. Allein mit diesem Barvermögen, ganz abgesehen von den ungeheuren Werten der Güter und Grundstücke, wäre Exkaiser Wilhelm immer noch ein „Pfundmillionär" und auf Lebenszeit versorgt.

Terminkalender für Zwangsversteigerungen in den östlichen Provinzen.

Mitgeteilt von Peter Thiel • Berlin-Niederschönhausen. (Nachdruck verboten.)

Name und Wohnort des Eigentümers des zu versteigernden Grundstücks bezw. Grundbuchbezeichnung.	Zuständiges Amtsgericht	Versteigerungs-Termin	Größe des Grundstücks Hektar	Grundsteuer-Reinertrag ℳ	Gebäudesteuer-nutzungswert ℳ
Westpreußen.					
W. Geselinski, Dzonowo	Culmsee	2. 12. 10	8,12	50,25	45
M. Jacobsohn, Danzig	Danzig	3. 12. 10	0,02	—	3500
H. Schroeder, Schroederfelde	Karthaus	4. 12. 10	218,98	302,16	360
W. Gaitkowski, Ehel., Niezywienc	Strasburg	4. 12. 9	ca. 19	ca. 222	264
P. Balke, Rundewiese	Marienwerder	9. 12. 11	8,22	6,82	40
Fr. K. Pioturowski, Briesen	Briesen	10. 12. 10	0,1	—	32 0
E. & E. Koerner, Danzig	Danzig	10. 12. 10	0,08	—	11000
F. Sendwickt, Lipowitz	Neumark	10. 12. 10	2,08	4 11	24
N. Nauhei n, Podjaß	Karthaus	11. 12. 10	88,67	497,43	389
J. Jurawski, Ehel., Gr. Parollowe	Neumark	13. 12. 10	1,97	16,02	24
Fr. E. Bischke, Koslowo	Schwetz	13. 12. 9	15,17	57,38	12
A. Kierszka, Ehel., Pr. Stargard	Pr. Stargard	14. 12. 10½	0,03	—	999
E. Mielenz, Ehel., Konarschin	Pr. Stargard	14. 12. 11¼	0,23	—	18
F. Wegner, Ehel. (A) Sittnow	Vandsburg	14. 12. 12	51,58	301,96	135
Ostpreußen.					
A. Lange, Ehel., Bagrienen	Heydekrug	2. 12. 10	6,3180	26,37	36
Th. Stadler u. Mtg., (A) Sackheim	Königsberg	3. 12. 9	—	—	1507
L. Bendzlan, Ehel., Gentken	Bialla	3. 12. 10	1,7670	5,85	15
J. Kensy, Willenburg	Willenburg	4. 12. 9	12,7440	45,72	90
G. Prowe, Pr. Holland	Pr. Holland	5. 12. 10	8,2865	20,96	1372
Th. Stadler, (A) Tragheim	Königsberg	10. 12. 9	0,3370	7,92	—
L. Israel u. Mtg., Allenstein	Allenstein	10. 12. 10	*)		
A. Riedler u. Mtg., Jurge-Kandscheit	Tilsit	10. 12. 9	3,8930	8,84	63
A. Radner, Julienhof	Wehlau	11. 12. 9	158,2610	521,64	420
J. Segner, Garnen	Goldap	12. 12. 10	1,4870	8,91	24
Th. Stadler u. Mtg., (A) Kneiphof	Königsberg	13. 12. 9	—	—	760
Th. Kniep, Eydtkuhnen	Stallupönen	14. 12. 10	0,5790	1,53	954
Th. Ebert, Schemiruken	Lötzen	15. 12. 9	42,0158	164,04	105
Posen.					
Ww. M. Musial, Szymborze	Hohensalza	2. 12. 10	ca. 16	ca. 70	105
Pr. S. Kostrzynska, Jersitz	Posen	4. 12. 11½	0,6	—	9270
Ww. K. Wolniewicz, Szczytnik	Witkowo	4. 12. 10¼	30,25	69,09	564
L. Garczynski, Wongrowitz	Wongrowitz	4. 12. 10	0,45	3,52	1258
St. Kuberska, (A) Mixstadt	Schildberg	6. 12. 10	0,66	2,48	36
F. A. Dardas, Gembitz	Czarnikau	7. 12. 10	15,30	11,76	36
K. Kasprzak, Wilkowyn	Jarotschin	7. 12. 9	4,10	34,65	24
E. Staeck, Koschmin	Koschmin	7. 12. 9½	2,80	47,88	588
Fr. S. Porsch, Jägerhof	Bromberg	9. 12. 11	0,73	1,23	875
F. Jurga, Ehel., Kosten	Kosten	9. 12. 10	*)		
E. Schmidt, Bromberg	Bromberg	10. 12. 11	0,08	—	8310
G. P. Albrecht, Ehel., Wilda	Posen	10. 12. 10	0,07	—	4840
G. P. Albrecht, Ehel., Wilda	Posen	10. 12. 10	0.07	—	7840
L. Bauer, Mogilno	Mogilno	10. 12. 9	0,17	—	2564
Fr. M. Biedermann, Posen	Posen	11, 12. 10	0,12	—	3874
St. Glowacki, Ehel., Deutschrode	Strelno	12. 12. 10	5,38	24,23	36
Fr. F. Lakomy, Zubn cz	Schmiegel	13. 12. 9½	ca. 6	ca. 24	60
P. Rosenberg, Hohensalza	Hohensalza	14. 12. 11	0,18	0,36	4458
M. Slomczynski, Ehel., Jarotschin	Jarotschin	14. 12. 9	9,92	90,24	90
Fr. M. Obiegala, Gluzyn	Schmiegel	14. 12. 9½	0,0	—	24
Pommern.					
H. Hanffchild, Cröslin	Wolgast	2. 12. 10	*)		
H. Bösselmann, Treptow a. Rega	Treptow a. Rg.	2. 12. 9½	0,3880	1,92	1088
P. Petersen, Greifswald	Greifswald	4. 12. 10	—	—	1280
M. Neumann, Stuterhof	Demmin	4. 12. 10	1,8090	32,13	128
S. Güeter, Binz	Bergen a. Rg	5. 12. 10	0,0950	—	710
F. Fleischhacker, Wieck	Barth	5, 12. 10	2,4930	9,54	71
Fr. K. Jeske u. Mtg., Kolberg	Kolberg	5. 12. 10	—	—	[illegible]
K. F. W. Malzahn, Ahlbeck	Swinemünde	9. 12. 9	0,1680	–	[illegible]
F. Naedel, Ehel., Stettin	Stettin	12. 12. 10½	—	—	11[illegible]
G. Henseler, Ehel. Borsen u. a.	Ueckermünde	12. 12. 10	ca. [illegible]	ca. [illegible]	[illegible]
F. Müller, Ehel., Tempelburg	Tempelburg	14. 12. 10	[illegible]	[illegible]	[illegible]
F. W. Machler, (A) Bärwalde	Bärwalde	14. 12. 8	[illegible]	[illegible]	[illegible]

*) 2 Grundstücke.

Thorner Orts[illegible]ruppe de[illegible] deutschen demokratischen Partei.

Bürger und Bürgerinnen in Stadt und Land!

Die Umwälzung im deutschen Staatswesen hat eine Neugestaltung der politischen Parteien zur notwendigen Folge. Keine bisherige Parteizugehörigkeit sollte hierbei eine Fessel oder Hemmung bilden. In dem Uebermaß unseres Unglücks könnte ein Hoffnungsfunke für die zukünftige Entwickelung aufglimmen, wenn die alte Parteizersplitterung von einer Einheit staatlichen Denkens und Wollens auf demokratischer Grundlage abgelöst wird. Eine Voraussetzung hierzu sehen wir in der deutschen demokratischen Partei für das einige Reich, zu deren Bildung Männer klangvollen Namens aufgerufen haben. Ihr Ruf ist nicht wirkungslos verhallt. Die Partei ist ins Leben getreten. Wenige aber wichtige Grundsätze sind ihr Wiegenlied. Zu ihnen gehören:

1. Das Bekenntnis zur republikanischen Staatsform;
2. Schaffung der Verfassung durch die Nationalversammlung, welche ohne jeden Vorzug und ohne Verfälschung des Volkswillens zu wählen ist;
3. Ordnung und Gesetzmäßigkeit in der Freiheit, wozu die Durchführung der politischen Gleichberechtigung aller Staatsangehörigen gehört, und deren Voraussetzung die Abwehr des bolschewistischen Terror wie auch reaktionärer Bestrebungen ist;
4. Neugestaltung der sozialen und wirtschaftlichen Politik nach folgenden Richtlinien: Aufnahme der Idee der Sozialisierung für monopolitisch entwickelte Wirtschaftsgebiete, Aufteilung der Staatsdomänen, Einschränkung des Großgrundbesitzes zur Stärkung und Vermehrung des Bauerntums, stärkste Erfassung der Kriegsgewinne, einmalige progressive Vermögensabgabe, Maßnahmen zur gerechten Besteuerung unter Schonung kleiner Einkommen, gesetzliche Bürgschaften für die Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenrechte, Sicherung der Ansprüche der Kriegsteilnehmer, ihrer Witwen und Waisen, Stützung der selbständigen Mittelschicht, Freiheit für den Aufstieg der Tüchtigen, internationale Durchführung eines sozialpolitischen Mindestprogramms.

Niemand lasse sich durch die bisherige Parteistellung in Prüfung und [illegible]hme dieser Forderungen hindern.

Männer und Frauen aller Volksschichten, die Ihr diese Grundsätze gut[illegible]ißt, helft zu Ihrer Durchführung. Ihr alle seid gleichberechtigte Bürger und Bürgerinnen des Vaterlandes aber auch gleichverpflichtete. Ihr Männer, die Ihr Euch der Politik bisher ferngehalten habt, Eure Mitwirkung ist unentbehrlich. Ihr Frauen, denen endlich die vollen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten zugefallen sind, wahret sie, nutzet sie, erfüllet sie.

Beitrittserklärungen zur Deutschen demokratischen Partei bitten wir mit genauer Adresse an die Geschäftsstelle der Ortsgruppe der deutschen demokratischen Partei in Thorn, Coppernikusstraße 14, zu richten.

Zur Erörterung der Grundsätze der Partei und zur Ausgestaltung der Ortsgruppe findet

Sonntag den 1. Dezember

u[illegible] 11½ Uhr vormittags im neuen Saale des Viktoria-Park eine

öffentliche Versammlung

statt, zu deren zahlreichen Besuch wir einladen.

Thorn, im November 1918.

Aronsohn, Justizrat. **Asch**, Bankdirektor. **Bartsch**, Zollsekretär. **Bartl[illegible]**, Tischlermeister. **Baseler**, Fleischermeister. **Alwine Behrenstrauch**. **Clara Bonin**, techn. Lehrerin. **Marie Borchardt**. **Borkowski**, Tischlermeister. **Anna Brenneisen**, Oberlehrerin. **Richard Dalichow**, Mühlenverwalter. **Dans**, Sattlermeister. **Emil Dietrich**, Kommerzienrat. **Leo Dreyer**. **Engel**, Geschäftsleiter. **Emil Feyer**, Geschäftsführer. **Adele Feyer**. **Freundlich**, Klempnermeister. **D. Gerson**. **Gerson**, Fabrikbesitzer. **Else Gessel**. **Gertrud Glückmann**. **Gertrud Gorn**. **Marie Grabe**, Musiklehrerin. **Helene Gutzeit**. **Gruhnwald**, Mittelschullehrer **Louis Grunwald**, Uhrmachermeister. **Grützbach**, Postsekretär. **Hecktor**, Schneidermeister. **Anna Held**. **Hellmoldt**, Stadtrat. **Hentschel**, Gärtnereibesitzer und Stadtrat. **Margarete Hesse**. **Jacob**, Apotheker. **Emma Juckel**. **Olga Kallweit**. **Eduard Kittler**, Kaufmann. **Klewitz**, Militärbaurat. **Martha Klingbeil**. **Martha Klinger**. **Anna Korsch**. **Krause**, Kreisbaumeister. **Emma Lambeck**. **Else Lambeck**. **Waldemar Lewandowski**, Fabrikbesitzer. **Loewenson**, Rentier. **Dr. Lougear**, Amtsrichter. **Carl Mallon**, Stadtrat. **Meinas**, Klempnermeister. **Else Meisel**. **Jenny Meisel**. **Dr. phil. Julius Meisel**. **Milewski**, Bankdirektor. **G. Michel**, Baugewerksmeister. **Müller**, Landgerichtsrat. **Joseph Murzynski**, Kaufmann. **Elise Michaelis**. **Gertrud Mursch**. **Minna Nowak**, Konditoreibesitzerin. **Maximilian Polzin**, Bücherrevisor. **v. Pannwitz**, Zeichenlehrerin. **Clara Pick**. **Auguste Prieb**. **Margarethe Prieb**. **Pyschny**, Geschäftsführer. **Fritz Raapke**, Fabrikbesitzer. **Raiffschneider**, Bankdirektor. **Oskar Richter**, Geschäftsführer. **Walter Rinow**, Bauingenieur. **Anna Roggatz**. **Anna Sellner**. **Marie Sellner**. **Helene Semrau**. **Semrau**, Professor. **Oskar Schmid**, Hauptschriftleiter. **Dr. Saft**, Sanitätsrat. **Frau Reg.-Baurat Schmidt**. **L. Scholz**, Oberlehrerin. **Heinrich Schultz**, Schneidermeister. **Minna Späthe**. **Charlotte Stachowitz**. **Stachowitz**, Bürgermeister. **Meta Stadthaus**, Lehrerin. **Ilse Stein**, Klavierlehrerin. **Stein**, Justizrat. **Stenzel**, Rechtsanwalt. **Maria Tausch**. **Carl Tausch**, Drechslermeister. **Ulbricht**, Rechnungsrat. **Clara Wechsel**, Lehrerin. **Amalie Weinmann**. **Clara Wendel**, Oberlehrerin. **Martha Wendel**, Geschäftsführerin. **Ida Ziehl**. **Auguste Zimmermann**, Lyzeallehrerin.